

Hansische Geschichtsblätter



**Herausgegeben vom
Hansischen
Geschichtsverein**

HANSISCHE GESCHICHTSBLÄTTER

HERAUSGEGEBEN
VOM
HANSISCHEN GESCHICHTSVEREIN

133. JAHRGANG 2015



2016

Porta Alba Verlag
Trier

REDAKTION

Aufsatzteil: Prof. Dr. Rolf Hammel-Kiesow, Lübeck

Umschau: Dr. Nils Jörn, Wismar

Für besondere Zuwendungen und erhöhte Jahresbeiträge, ohne die dieser Band nicht hätte erscheinen können, hat der Hansische Geschichtsverein folgenden Stiftungen, Verbänden und Städten zu danken:

POSSEHL-STIFTUNG ZU LÜBECK
FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
FREIE HANSESTADT BREMEN



HANSESTADT LÜBECK

Landschaftsverband
Westfalen-Lippe



DR. MARGARETE SCHINDLER, BUXTEHUDE

Die Hansischen Geschichtsblätter sind ein refereed journal. Eingereichte Beiträge unterliegen einem anonymisierten Begutachtungsverfahren (Double Blind Review), das über die Aufnahme in die Zeitschrift entscheidet.

Umschlagabbildung nach: Hanseraum und Sächsischer Städtebund im Spätmittelalter, in: Hanse, Städte, Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser, Bd. 1, hg. v. Matthias Puhle, Magdeburg 1996, S. 3.

Zuschriften, die den Aufsatzteil betreffen, sind zu richten an Herrn Prof. Dr. Rolf HAMMEL-KIESOW, Archiv der Hansestadt Lübeck, Mühlendamm 1–3, 23552 Lübeck (hammel-kiesow@t-online.de); Besprechungs-exemplare und sonstige Zuschriften wegen der Hansischen Umschau an Herrn Dr. Nils Jörn, Archiv der Hansestadt Wismar, Altwismarstr. 7–17, 23966 Wismar (nilsjoern@aol.com)

<http://www.hansischergeschichtsverein.de>

Beiträge werden als Manuskript und als rtf.-Datei erbeten. Die Verfasser erhalten von Aufsätzen und Miszellen 10, von Beiträgen zur Hansischen Umschau zwei Sonderdrucke unentgeltlich.

Die Lieferung der Hansischen Geschichtsblätter erfolgt auf Gefahr der Empfänger. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Eintritt in den Hansischen Geschichtsverein ist jederzeit möglich. Der Jahresbeitrag beläuft sich z. Zt. auf € 35 (für in der Ausbildung Begriffene auf € 15). Er berechtigt zum kostenlosen Bezug der Hansischen Geschichtsblätter. – Weitere Informationen gibt die Geschäftsstelle im Archiv der Hansestadt Lübeck, Mühlendamm 1–3, 23552 Lübeck.

ISSN 0073-0327
ISBN 978-3-933701-53-4

BISHOPSGATE UND DIE HANSISCHEN RECHTE IN LONDON^{*}

von Stuart Jenks

Abstract: Bishopsgate and the Rights of the Hansards in London

Every Hanseatic scholar is well acquainted with the agreement reached in 1282 between the City of London and the North German merchants resident there, since it is the first known document which refers to those traders as the 'merchants of the German Hanse'. While the road leading to the agreement has been analyzed by Fryde, scholars have paid no attention at all to the role the document played in subsequent centuries, although they occasionally mention that the agreement required the Hanseatic Kontor to repair and maintain Bishopsgate, one of the seven gates of the medieval City of London. This scholarly indifference is unwarranted. In fact, the Hanseatic Kontor explicitly described the agreement of 1282 as 'the foundation of our privileges in the City of London' (1462) and was scrupulous in maintaining Bishopsgate. The City itself was, in retrospect, less happy with the agreement, and tried again and again to exact local excises from the Hansards, notably scavage (a tax on merchandise entering and leaving the City whose proceeds were earmarked for paving and cleaning the streets), only to be rebuffed with the argument that the 1282 agreement's blanket guarantee of 'all their liberties hitherto enjoyed reasonably' applied to scavage. However, the tables turned in 1418, when the City and its Sheriffs, under the tutelage of John Carpenter, from 1417 common clerk of London and the compiler of the *Liber Albus* (1419), employed historical and legal arguments of considerable sophistication to dispute the Hansards' contentions. After seven years of inconclusive argument before King's Council (and increasing pressure from the City), the Hansards caved in and agreed (1427) to pay a lump sum annually to the Mayor and Sheriffs to enjoy their ancient rights in the City of London. Nonetheless, they continued to disburse substantial funds for the upkeep and, indeed, for a splendid renovation of Bishopsgate (1479/80) which

^{*} Mit herzlichem Dank an die anonymen Gutachter der HGBll. für Kritik und Anregungen. Die Verantwortung für etwaige Fehler gibt, wie immer, der Verfasser unter gar keinen Umständen aus der Hand.

excited the admiration of John Stow, author of a famous description of London, in the late 16th century.

Jeder Hanseforscher kennt die berühmte Abmachung von 1282 zwischen der Stadt London und der dortigen Niederlassung der niederdeutschen Kaufleute,¹ in der der Begriff 'deutsche Hanse' (*mercatores de hansa Alemanie*) zum ersten Mal vorkommt.² Mit ihrer Würdigung als Beleg für die Entstehung der Hanse erschöpft sich allerdings weitgehend das Interesse der Forschung an diesem Stück, obwohl gelegentlich beiläufig erwähnt wird, daß damit die Londoner Niederlassung die Pflicht zur Instandhaltung des Stadttores Bishopsgate im Nordosten von London übernahm. Mit einer Ausnahme wird nicht einmal in der Spezialliteratur zu den anglo-hansischen Beziehungen³ diese Abmachung in den Kontext gestellt und eingehend untersucht, da man sich vornehmlich (und verständlicherweise) in erster Linie für die königlichen Privilegien der Hanse interessierte. Die Ausnahme bildet die Abhandlung von Fryde,⁴ die den Hintergrund der Abmachung bis 1282 ausleuchtet, jedoch ihre Wirkungsgeschichte in den folgenden Jahrhunderten nicht mehr verfolgt. In diesem Aufsatz will ich aufzeigen, daß die Abmachung von 1282 – und erst recht ihr Nachleben – viel wichtiger war, als sie bislang wahrgenommen worden ist.

I

An sich ist Bishopsgate – allein als Stadttor betrachtet – nicht sonderlich wichtig. Erbaut auf den Ruinen des alten römischen Stadttors, durch das die römische Heeres- und mittelalterliche Fernstraße Ermine Way nach York führte, war Bishopsgate eines von sieben Stadttoren von London (im 15. Jahrhundert kam Moorgate dazu). Als Verteidigungsanlage fast bedeutungslos – die Stadt wuchs längst jenseits des Mauerrings kräftig – dienten die Londoner Stadttore hauptsächlich zum Einnehmen der städtischen Zölle und Abgaben sowie zur Kontrolle der Passanten, damit Unerwünschte⁵

¹ HUB 1, Nr. 902, S. 308–10.

² In Auswahl: Dollinger 1989, 61; Friedland 1991, 126; Stoob 1995, 145; Hammel-Kiesow 2008, 26; 2009, 54; Graichen 2011, 42.

³ Kunze 1889, 133, 136; Jenks 1992; Jörn 2000; Lloyd 1991, 21.

⁴ Fryde 1989, 29–33. Huffman 1998, 32–6, reproduziert Frydes Ergebnisse (und die von ihr aufgefundenen Belege), ohne ihren Aufsatz auf diesen Seiten zu nennen, obwohl er die Arbeit in seiner Bibliographie aufführt. Dies halte ich für akademisch unredlich.

⁵ Die Londoner Torwächter wurden z.B. am 24. Aug. 1375 angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß keine Aussätzigen in die Stadt kamen: CalLB H. 9.

die Stadt nicht betraten, und der durchfahrenden Fahrzeuge, damit Unerlaubtes nicht aus der Stadt geschafft wurde.⁶

Umso wichtiger war Bishopsgate für die hansischen Englandfahrer, denn die Einigung zwischen Stadt und Kontor (Juni 1282) über die Pflicht der Kaufleute, dieses Stadttor zu reparieren und instandzuhalten, stuften die Stalhofsinsassen selbst wiederholt als *dat fundament van des copmans privilegien bynnen der stat von London* ein.⁷ Insbesondere begründete sie den hansischen Anspruch, wie Vollbürger der Stadt (und nicht wie auswärtige Nichtlondoner) betrachtet und behandelt zu werden.⁸ Allerdings gerieten diese Stadtlondoner Rechte der Hanse bis Ende des Mittelalters wiederholt unter Beschuß, so daß die Niederlassung ein ums andere Mal ihre Instandhaltungsverpflichtung unterstreichen, ja fast einfordern, und – immer damit verbunden – auf die damit verknüpften Rechte pochen mußte. Trotz der manchmal erdrückenden Kosten⁹ wollte das Kontor unter gar keinen Umständen auf die Abmachung verzichten.

Wenn wir ergründen wollen, warum die Einigung von 1282 für die Londoner Niederlassung so wichtig war, müssen wir zuerst die *composicio* selbst unter die Lupe nehmen und feststellen, welche Rechte sie den Hansen in London als Gegenleistung für die Instandhaltung des Stadttores einräumte. Dann müssen wir die Auseinandersetzungen der nächsten Jahrhunderte zwischen Stadt und Kontor über die Abmachung von 1282 verfolgen.

Die Übereinkunft vom Juni 1282¹⁰ beginnt mit einer Schilderung der Hintergründe. Seit längerem habe es Streit zwischen dem Kontor und der Stadt wegen des Verfalls von Bishopsgate gegeben, das einzustürzen drohe. London behauptete, die *construccio* und *reparacio* des Stadttors – im Kontext muß man diese Wörter als (einmaligen) Wiederaufbau und (ständige) Instandhaltung verstehen – sei Pflicht der in London ansässigen Hansekaufleute, und zwar als Gegenleistung für ihre *libertates* – das Wort umreißt die rechtliche Sonderstellung der Hansen, ganz gleich ob ihre Vorrechte beurkundet oder nur gewohnheitsrechtlich begründet waren –, die die Hansekaufleute in London seit undenklichen Zeiten genossen hat-

⁶ Während der Schottenkriege am Anfang des 14. Jahrhunderts wurden Wächter der Stadttore und des Hafens gewählt, die dafür Sorge zu tragen hatten, daß Lebensmittel nicht nach Schottland aus der Stadt gebracht wurden, es sei denn an die königlichen Streitkräfte: CalLB D, 241.

⁷ HR II 5, Nr. 263 § 10, S. 182 (Aug. 1462); HR II 7, Nr. 488 § 21, S. 727.

⁸ Die Hansen *devront de droit estre come gentz reseantz et privez de la cite et noum pas de la condicion de gentz estraunges* betrachtet werden: HUB 2, Nr. 708, S. 311 (vor dem 13. Okt. 1342).

⁹ HR II 7 488 § 21, S. 727 (1447).

¹⁰ HUB 1, Nr. 902, S. 308–10.

ten (*mercatores ac alii de predicta hansa de partibus Almanie ad eandem civitatem confluentes pro quibusdam libertatibus, quas iidem mercatores habent in civitate predicta et quibus longo tempore occasione constructionis et reparacionis huiusmodi usi fuerunt*). Die Vernachlässigung dieser Pflicht berechtige die Stadt, zu Zwangsmaßnahmen zu greifen und das Habe der Hansen zu beschlagnahmen. Dies habe das Kontor energisch bestritten. Auf Anregung Londons habe König Edward I. beide Parteien vor den Exchequer zitiert, wo die Hansekaufleute keinen triftigen Grund zu nennen wußten, weshalb sie von der Pflicht zu Wiederaufbau und Instandhaltung von Bishopsgate befreit werden sollten. Folglich wies der Exchequer den Mayor und die Sheriffs von London an, die Hansekaufleute durch Warenbeschlagnahme dazu zu zwingen (*per hoc preceptum esset per eosdem thesaurarium et barones majori et vicecomitibus predictis, quod eos [die Hansen] ad reparacionem huiusmodi distringerent*). Just in diesem Augenblick knickten die Vertreter des Kontors ein und versprachen (im Namen aller anderen Hansekaufleute, die momentan in der Stadt waren oder in Zukunft eintreffen sollten), sofort £160 zwecks Wiederaufbau zu zahlen und in Zukunft ein Drittel der Kosten der Verteidigung des Tores zu tragen (die Stadt trug den Rest), sofern und sooft dies nötig sein sollte (man dachte an Unruhen oder Krieg, nicht an die tagtägliche Wacht). Im Gegenzug – und das Junktim wird deutlich herausgestrichen – sagte London den Hansen folgendes zu: (1) den Genuß ihrer *libertates*, die sie bislang *rationabiliter* genossen hatten; (2) die Befreiung vom Mauergergeld (*muragium*); (3) gewisse Rechte beim Verkauf von importiertem Getreide; (4) daß sie ihren Ältermann haben dürfen, vorausgesetzt er ist Vollbürger der Stadt (*de libertate civitatis*), daß er gleich nach der Wahl dem Mayor und den Aldermen präsentiert und von ihnen dahingehend vereidigt wird, jedermann in seinem Gericht gerecht zu behandeln, so wie er dies (vorbehaltlich der Rechte und Gewohnheiten der Stadt) tun sollte und bislang getan hat. Beide Seiten versprachen, diese Übereinkunft einzuhalten, und zur größeren Sicherheit wurde eine entsprechende Kerbschnitturkunde aufgesetzt, von der jede Seite ein gleichlautendes Exemplar erhielt, das jeweils das Siegel der Gegenpartei und des Exchequers trug.¹¹ Schließlich wurde die Vereinbarung auf Geheiß des Königs in die Unterlagen des Exchequers am 4. Juli 1282 eingetragen.¹²

¹¹ Im Original überliefert ist die Ausfertigung für die Hansen, die von der Stadt und dem Exchequer besiegelt wurde, im AHL, Anglicana 10. Die Londoner Überlieferung besteht aus zwei Abschriften d.J. 1419, und zwar im Letter Book C (Regest: CalLB C. 41) und im *Liber Albus* (Druck: Riley 1859, 485–8), das vom Stadtschreiber John Carpenter zusammengestellt wurde: HUB 1, Nr. 902 Stückbeschreibung, S. 309.

¹² TNA: PRO. E159/55 m 5 (Communia trinitatis); Regest: Kunze 1891, Nr. 9, S. 6.

Nun vergißt die Forschung¹³ leicht die erhebliche Rolle, die König Edward I. bei dieser Einigung spielte.¹⁴ Ebenfalls unter den Tisch gern fallengelassen wird die Vorgeschichte: 1275¹⁵ und 1279¹⁶ war es zu Beschwerden der Einwohnerversammlungen (*wardmotes*) der Londoner Stadtbezirke Dowgate und Bishopsgate gekommen, die das Junktim zwischen den hansischen *libertates*, die sie mit den Bürgern der Stadt gleichstellen,¹⁷ und ihrer (nicht wahrgenommenen) Instandhaltungspflicht betonten, und bereits 1234 hatte London die Kaufleute des 'Königs von Deutschland und des Erzbischofs von Köln' zu den Kosten der neuen Stadtmauer heranziehen wollen.¹⁸

Auch dem Junktim schenkt die Forschung keine Beachtung, obwohl dies für die damaligen Hansekaufleute überaus wichtig war: Die Instandhaltung und (im Kriegsfall) die Verteidigung von Bishopsgate waren der Garant ihrer Vorrechte in London schlechthin, ja sogar ihres Anspruchs, wie Bürger der Stadt und nicht wie auswärtige Nichtlondoner behandelt zu werden. Nach 1282 waren sie erkennbar bemüht, jeden Anlaß zu einer Beschwerde zu meiden. 1457 trugen die Kontorsstatuten jedem Hansekaufmann, der eine Kammer im Stalhof hatte, die Pflicht auf, eine von Kopf bis Fuß reichende Panzerung und eine Armbrust bzw. Feuerwaffe (*busse*) in seiner Kammer zur Verfügung zu halten, und zwar für den Fall, daß Bishopsgate zu verteidigen sei.¹⁹ Obwohl recht spät erlassen, kann diese kontorsinterne Vorschrift nur Althergebrachtes verkörpert haben, denn die Verteidigungspläne der Stadt London aus den Jahren 1287, 1297, 1318 und 1321²⁰ belegen, daß die Hansen den oberen Teil des Stadtttores

¹³ In diesem Absatz referiere ich die Ergebnisse der Untersuchung von Fryde 1989, 29–31, die selbstverständlich vom Tadel der Vergeßlichkeit freizusprechen ist.

¹⁴ Der König hatte den Exchequer angewiesen, in dem Streit zwischen der Stadt London und der hansischen Niederlassung über die Instandhaltung von Bishopsgate eine Entscheidung zu treffen (TNA, PRO, E159/55 m 4d; E368/55 m 4d; Druck: Kunze 1891, Nr. 8, S. 5–6). Am 20. Mai 1282 teilten der Schatzmeister und die Barone des Exchequers dem König mit, daß eine Übereinkunft erzielt sei (TNA: PRO, SC 1/17/25, zit. nach Fryde 1989, 29 Anm. 13). Im Juni 1282 teilte der Londoner Bürgermeister die Ergebnisse der Verhandlungen dem König mit (TNA: PRO, SC 1/19/46, zit. nach Fryde 1989, 29 Anm. 13).

¹⁵ Aussagen der Geschworenen der Stadtbezirke Dowgate und Bishopsgate: *Rotuli Hundredorum* 1812, 416, 428, 431.

¹⁶ Weinbaum 1933b, 152. Diese Untersuchung war durch das Parlament von 1279 angeordnet worden: *Fiat inquisicio inter mercatores Alemannie et cives Londoniarum an ipsi de Alemannia consueverint dare muragium in civitate London' et an ipsi reparare debeant quandam portam* (Richardson 1935, 2 § 3).

¹⁷ *Item [jurati warde Wolmari de Essex [= Dowgate]] dicunt, quod Teutonichi sunt liberi in civitate, sicut et cives ejusdem, pro porta, que vocatur Bissopesgate*: *Rotuli Hundredorum* 1812, 416. Ähnlich auch ebenda 428, 431.

¹⁸ CCR 1231–4, 453.

¹⁹ Lappenberg 1851 Urkk., 118 = Sprandel 1982, 374.

²⁰ CalLB A, 227–8 (1287); CalLB B, 242 (1297); CalLB E, 84 (= HUB 2, Nr. 316, S. 428) (1318); CalLB E, 143 (1321). S.a. CalLB L, 13–4 (1462).

zu verteidigen hatten, während die Männer der benachbarten Stadtbezirke die beiden Flanken bemannen sollten. Dies entsprach vollkommen der Aufteilung der Verteidigungslasten gemäß der Abmachung von 1282: ein Drittel hansisch, zwei Drittel städtisch. Auch die Pflicht zur Instandhaltung haben die hansischen Englandfahrer peinlichst eingehalten. Die Kontorsrechnungen der 1460er Jahre verzeichnen Ausgaben für einen *raker* (Straßenkehrer) *to Byschopsgate* und Baumaterialien für die Instandhaltung des Stadttores.²¹ Die Hansen haben sogar 1479/80 das Stadttor auf eigene Kosten 'sehr schön' herrichten lassen,²² wie John Stow in seiner berühmten 'Beschreibung von London' 1598 vermerkt,²³ nachdem sie infolge der Beendigung des anglo-hansischen Krieges und des Friedens von Utrecht den Stalhof wieder beziehen durften. Eine weitere Schönheitsrenovierung war 1551 geplant – und Baumaterial bereits gekauft –, als der König die hansischen Privilegien kassierte, was das Projekt vereitelte.²⁴

II

Die Angriffe der Stadt auf die hansischen Rechte ließen nicht lange auf sich warten. Bereits 1298 meinte London, ein Schlupfloch gefunden zu haben und trotz der Abmachung von 1282 doch lokale Zölle²⁵ von den

²¹ HUB 9, Nr. 439 § 19, S. 296 (*raker*); HUB 9, Nr. 540 § 68, S. 407 (Baumaterialien).

²² Dies belegt die Abrechnung des Kontors über die Jahre 1476–81: *Hirna volghenn de kosste, de de coppmann vorbuwet hefft syndt der tydt, hee in Engelandt gekamen is unnd dat cunthor wedder gegrepenn wardt, an deme have unnd Bisschopszgate, gelick der buwmester boke by parseleenn uthwyszen: Int irste int jar [14]76 vorbuwet an dem have £44 9s 1d, int jar [14]77 £144 4s 2d, int jar [14]78 £37 6s 10½d, int jar [14]79, int jar [14]80 an dem have und Bisschopszgate £461 16s 8d, int jar [14]81 £56 18s 2d. Summa in all vorbuwet an deme have unnd Bisschopszgate £743 14s 11½d: HR III 1, Nr. 347 § 10, S. 291. Daß die Renovierungen von Bishopsgate tatsächlich i.J. 1479 begannen, belegt die Auseinandersetzung des Kontors mit Danzig, das sich darüber beschwert hatte, daß das im Frieden von Utrecht vereinbarte Entschädigungsgeld (£10.000) nicht rasch genug an die Opfer der Engländer ausgezahlt worden war: HR III 1, Nr. 205, S. 151–2; Nr. 264, S. 222–3.*

²³ Stow 1603 [1908] I, 32.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Dabei handelte es sich um Abgaben, die in den Londoner Quellen gewöhnlich unter dem Begriff 'scavage' zusammengefaßt werden. Dieser Begriff wird jedoch im gesamten Verlauf des Streits mit der Hanse nie verwendet, sondern die Abgaben werden als *customas*, *onera*, seltener als *prestaciones* oder *subsidia* pauschal bezeichnet, wenn man sich nicht einfach damit begnügte, die Sätze aufzulisten (2s pro beladenen Karren usw.). Daß es sich tatsächlich um 'scavage' handelte, geht u.a. daraus hervor, daß nach der Beilegung des Streits der Stadtrat am 10. März 1427 vermerkte, daß die Amtsträger, die für die Erhebung von 'scavage' zuständig waren, nach Einsichtnahme in ihren Büchern und Unterlagen geschworen hatten, daß sie – außer der Abgabe auf Wolltuch – die betreffenden Zölle (2s pro Karren usw.) nie von den Hansekaufleuten erhalten hatten: CLRO, London Journal 2, f. 82'. Dieser Eid war keine Aussage über die Vergangenheit, sondern er war zukunftsgerichtet und diente als Bollwerk gegen jeden künftigen Versuch der Stadt, 'scavage' von den Hansen zu erheben:

Hansen verlangen zu können. Am 21. Juni 1298 beschwerte sich die Gemeinde ('commonalty') der Stadt,²⁶ daß acht genannte Hansekaufleute Handel mit auswärtigen Nichtlondonern trieben und, obwohl sie (nach Ansicht der Beschwerdeführer) die Zollfreiheit in London ausschließlich für Einfuhren aus ihrer Heimat in Deutschland genossen, unter Inanspruchnahme ebendieser Zollfreiheit mit Londoner Großhändlern (u.a. Woll- und Tuchhändlern) konkurrierten, so daß die Sheriffs um ihre Zölle gebracht wurden. Die Hansen hielten dagegen, daß ihre Freiheit von städtischen Abgaben für alle Güter galt, ganz gleich woher sie kamen. Der Fall wurde auf den nächstfolgenden Termin des Gerichts (5. Juli 1298) vertagt, an welchem Tag die Beklagten Gelegenheit haben sollten, ihre Gegenargumente vorzulegen. Zudem wurde eine Jury zur Entscheidung zwischen Stadt und Kontor über die Tragweite der Stadtlondoner Privilegien der Hanse einbestellt. Welche Argumente das Kontor vorlegte und womit es sie begründete, zeichnet das Gericht nicht auf, aber es ist leicht zu rekonstruieren, denn am 7. Juli 1299 wurden drei hansische Privilegien in Letter Book C (f. 30b) eingetragen:²⁷

- Die Urkunde Edwards I. vom 18. Nov. 1281,²⁸ in der er das Privileg Heinrichs III. vom 15. Juni 1260²⁹ bestätigte
- Das Privileg Heinrichs III. vom 15. Juni 1260
- Die Abmachung von 1282³⁰

Allerdings ließ es die Stadt bei ihren Recherchen nicht damit bewenden. Am 13. Okt. 1299 wurde ein weiteres Privileg in Letter Book C (f. 36) eingetragen, und zwar der *Inspeximus* Edwards I. vom 28. Juli 1290,³¹ in dem er das Privileg seines Vaters, Heinrich III., vom 8. Nov. 1235 zugunsten der Kölner bestätigte.³² Dieses Privileg wiederum stellte eine Be-

Was nachweislich (*de recordo*) 'nie' eingefordert worden war, konnte in Zukunft nicht verlangt werden. Allgemein weiß man sehr wenig über 'scavage'. Aus den Amtseiden der 'scavagers' (1312, 1364, 1366) geht hervor, daß die Einsammler für die Instandhaltung der Straßenbepflasterung, für die Straßenreinigung und für die Inspektion von Kaminen zuständig waren: CalLB D. 10, 192; CalLB G. 198, 208. 'Scavage' wurde von Gütern erhoben, die die Stadttore passierten (für Tariflisten s. Riley 1859, 223–6; Arnold 1811, 98–100), aber die Stadt schwankte in ihrer Ansicht, ob nur Ausländer (CalLB K. 174) oder alle Auswärtigen, also Ausländer wie Nichtlondoner (s. Anhang; vgl. CalLB I. 70 mit Hinweis auf CalLB C. 133; CalLB F. 36) zahlen mußten. Auf jeden Fall ist klar, daß der Ertrag seit 1390 gleichmäßig zwischen Bürgermeister und Sheriffs geteilt wurde: CalLB H. 350–1. Ob dies abzüglich der Kosten für Straßenbepflasterung und -reinigung sowie Kamininspektion galt, ist den Quellen nicht zu entnehmen.

²⁶ EMCR, 9.

²⁷ CalLB C, 41 = Letter Book C, fol. 30b.

²⁸ HUB I, Nr. 890, S. 305.

²⁹ HUB I, Nr. 552, S. 193–4.

³⁰ HUB I, Nr. 902, S. 308–10.

³¹ HUB I, Nr. 1070, S. 371.

³² HUB I, Nr. 268, S. 89.

stätigung des Freibriefs von seinem Vater, König Johann I., vom 24. Juli 1210 zugunsten der Kölner dar,³³ in dem Johann Ohneland den Freibrief Richards Löwenherz vom 16. Feb. 1194³⁴ mit einer entscheidenden Änderung bestätigte, nämlich daß die Kölner die ihnen vom Löwenherz zubewilligten Vorrechte in vollem Umfang genießen sollten, jedoch vorbehaltlich der Freiheiten der Stadt London (*salva libertate civitatis nostre Londoniensis*). Und exakt auf diesen Vorbehalt stürzten sich die Stadtväter i.J. 1299: Letter Book C, f. 31 notiert am Ende der Eintragung der drei hansischen Privilegien: *Videte cartam civium Colonensium, que est contraria isti convencioni quantum de libertatibus habendis inter Londonienses in 6 folio proximo sequente* (= f. 36). Das Privileg der Kölner stehe in Widerspruch zur Abmachung von 1282, weil es den Vorbehalt der Rechte der Stadt London enthielt, die Vereinbarung von 1282 jedoch nicht.

Die Stadtväter müssen den Hansen diese kleine Sensationsentdeckung unter die Nase gerieben haben, denn das Kontor zündete unverzüglich ein juristisches Feuerwerk zur Verteidigung der eigenen Rechte. Am 7. Aug. 1299 erinnerte Edward I. – sicherlich nicht ohne hansisches Zutun – die Stadt London mit aller Deutlichkeit daran,³⁵ daß er selbst das Privileg Heinrichs III. (1260) bestätigt habe, das den königlichen Schutz der hansischen Freiheiten und freien Gewohnheiten garantierte. Dennoch, so tadelte der König, haben die Bürger den Hansen diese Rechte verweigert. Deshalb fordere er sie auf, entweder die hansischen Rechte zu respektieren oder vor ihm persönlich (*coram nobis*) aufzutreten, um Gründe für ihren Ungehorsam zu nennen. Die Londoner Stadtregierung schrieb am 19. Aug. 1299 scheinheilig zurück, daß sie die Deutschen in ihren Rechten niemals beschränkt habe und diese Rechte auch in Zukunft nicht kränken würde.³⁶ Daraus läßt sich ersehen, wie gerissen die Stadt war: Die Aussage stimmte, solange man nur das Privileg Heinrichs III. (1260) im Auge hat, nicht jedoch, wenn man die Abmachung von 1282 dazu nimmt. Und daraus haben die Kontorsinsassen offenbar den Schluß gezogen, daß man Stadtlondoner Angriffe nur mit Stadtlondoner Unterlagen abwehren konnte, denn sonst war dem fatalen Vorbehalt der Freiheiten der Stadt London im Kölner Privileg von 1210 nicht beizukommen. Und so gingen sie auch vor. Obwohl Edward I. am 8. Feb. 1301 eine Untersuchung der Verletzung der von Heinrich III. verbrieften und von ihm bestätigten hansischen Rechte in London (1260, 1281) angeordnet hatte³⁷ und obwohl die *Carta*

³³ HUB 1, Nr. 84, S. 37.

³⁴ HUB 1, Nr. 40, S. 22–3.

³⁵ EMCR 43 = HUB 1, Nr. 1314, S. 443.

³⁶ HUB 1, Nr. 1315, S. 443.

³⁷ HUB 2, Nr. 4, S. 4–5.

mercatoria Edwards I. vom 1. Feb. 1303 alle fremdländischen Kaufleute von Mauer-, Brücken- und Straßengeld (*de muragio, pontagio et pavagio*) im ganzen Land befreit hatte,³⁸ wurden diese Königsrechte der Hanse bei der Beilegung des Streits mit der Stadt um die lokalen Zölle am 29. Sept. 1305 mit keinem Wort erwähnt. Vielmehr erwirkten die Hansen ihre Befreiung vom Mauergeld allein auf der Grundlage der Abmachung von 1282: *per Johannem le Blount majorem, aldermannos et vicecomites consideratum est et concessum, quod Alemanni de hansa mercatores Alemannie sint quieti de 2 solidis ingrediendo et exeundo cum bonis suis ad portam de Bisshopsgate, eo quod onerantur de custodia et reparatione porte predictae*.³⁹

Diese Auseinandersetzung hatte dem Kontor zwei wichtige Lektionen erteilt. Zum einen waren ihre Stadtlondoner Rechte nicht mit königlichen Privilegien, sondern nur auf der Grundlage der Abmachung von 1282 zu verteidigen, denn königliche Freibriefe galten nach Ansicht der Londoner nur vorbehaltlich ihrer eigenen, städtischen *libertates*.⁴⁰ Zum anderen wurde es – angesichts dieser Haltung – unerlässlich, bei jedem Konflikt mit aller Deutlichkeit das Junktum zwischen *custodia et reparatio* von Bishopsgate einerseits und Genuß der Stadtlondoner Rechte andererseits zu unterstreichen.

So handelte die Niederlassung, als London 1342 versuchte,⁴¹ den Hansen den Detailverkauf von Wein zu untersagen.⁴² Das Kontor hielt dagegen mit der Feststellung, daß die Hansekaufleute verpflichtet waren, Bishopsgate instandzuhalten und zu verteidigen, daß sie den Sheriffs der Stadt jährlich ihren Anteil an der königlichen Stadtsteuer ('fee farm') zahlten und daß sie ihren Richter hatten, der ein Alderman der Stadt London war. Die donnernde Schlußfolgerung ergab sich daraus: Deswegen verlange das Recht, daß sie als Einwohner und Vollbürger der Stadt behandelt werden (*devront de droit estre come gentz reseautz et prives de la citee et noum pas de la condicion de gentz estranges*). Gemäß der Vereinbarung von 1282 hätten sie Anspruch auf den Genuß ihrer althergebrachten Gewohnheitsrechte (*et par composicion entre vous et eux nagaires faite ils devient*

³⁸ HUB 2, Nr. 31 § 1, S. 15.

³⁹ CalLB C, 111 = HUB 2, Nr. 80, S. 37 aus Liber Custumarum f. 64 = Riley 1860, 112–3.

⁴⁰ Das Kontor wußte genau zu differenzieren. Als es 1321 von königlicher Seite aufgefordert wurde, die Urkunden zu nennen, auf deren Grundlage die Hansen ihre Rechte beanspruchten, nannte es die (königlichen) Urkunden von Heinrich III. (1260) und Edward I. (1281) sowie den inzwischen ausgefertigten Freibrief von Edward II. (HUB 2, Nr. 313, S. 131 vom 7. Dez. 1317); Cam 1968, lxxiv–lxxv, cxxvii–cxxix; Cam 1969, 180–5.

⁴¹ HUB 2, Nr. 708, S. 311–2 (Regest: CPM 1, 151).

⁴² Man sollte unterstreichen, daß die Stadt in diesem Streit den Weingroßhandel gar nicht antastete.

avoir lours auncienes usages et custumes, come en la dite composicion est contenu). Deutlicher konnte man die Abmachung von 1282 als Grundlage der Rechte der Hansen in London nicht hinstellen. In ihrer Entscheidung über den Antrag der Niederlassung erkannte die Stadt zwar die Gültigkeit der Abmachung im Grundsatz an, untersagte jedoch den Hansen weiterhin den Detailverkauf von Wein, gerade weil ein entsprechendes Recht aus der Abmachung nicht abgeleitet werden könne.⁴³

Dennoch sieht man in diesem Antrag ein neues Element: Das Kontor leistete nach eigenen Worten einen jährlichen Beitrag zum 'fee farm',⁴⁴ die die Stadt als Gegenleistung für das Recht, als Kronlehensträger die königlichen Rechte in der Stadt sowie in der Grafschaft Middlesex auszuüben, an die Krone abführen mußte und die insgesamt £300 pro Jahr betrug. Eine Anerkennung der hansischen Freiheit von den städtischen Abgaben, so argumentierten die Sheriffs, käme einer Enterbung der Gemeinde ('commonalty') gleich und könne deshalb nicht geduldet werden.⁴⁵

Allerdings blieb die Frage eines hansischen Beitrags zum 'fee farm' vorerst im Hintergrund. Die nächsten 70 Jahre waren Zeugen von Ausein-

⁴³ HUB 2, Nr. 718, S. 311 (Regest: CPM 1, 151).

⁴⁴ Diesen Begriff muß man etwas ausführlicher erläutern, weil die Sache dem deutschen Lehnrecht (und somit der deutschen Sprache) völlig fremd ist. Im Privileg Heinrichs I. für London (wohl 1133 ausgestellt, allerdings von angezweifelter Echtheit: s.u.) wird die Grafschaft Middlesex (mit London in der Mitte) als Königslehen aufgefaßt. Dieses Lehen ('fee' = *foedum*) vergab der König den Bürgern der Stadt gegen eine jährliche Zahlung von £300 (*firmam*), die die Sheriffs, die die Bürger selber stellen durften, beim Exchequer einzahlen mußten. Dafür durften die Bürger die Rechte des Königs ausüben, insbesondere die Wahrnehmung der Kronklagen durch einen von ihnen selbst ernannten Richter mit ausschließlicher Jurisdiktion über die Londoner. Der Text lautet: [§ 1] *Sciatis me concessisse civibus meis London' tenendum Middlesexe ad firmam pro 300 libris ad computum, ipsis et heredibus suis de me et heredibus meis, ita quod ipsi cives ponent vicecomitem, qualem voluerint, de se ipsis et justiciam, quemcunque vel qualem voluerint, de se ipsis ad custodiendum placita corone mee et eadem placitanda; et nullus alius erit justicia super ipsos homines London'* (Liebermann 1903, 524–5). Allerdings ist die Echtheit dieses Privilegs in der Forschung heftig umstritten. Während Hollister 1980 für die Echtheit eintritt, halten Brooke et al. 1973 es für eine Verfälschung aus der Zeit König Stephans (ca. 1141), während sich Keene 2008, 75–6, ebenfalls für die Einstufung der Urkunde als Fälschung ausspricht, ihre Entstehungszeit jedoch in das späte 12. Jahrhundert verlegt. Sicher ist nur, daß das früheste Textzeugnis des Dokuments (in der sog. 'London Collection') aus dem frühen 13. Jahrhundert datiert (1204/14): Keene 2008, 80. Ob das Stück in den Augen späterer Historiker eine Fälschung war oder nicht, spielte für die hansische Niederlassung und ihre damaligen Stadt-londoner Gegner keine Rolle: Keine der beiden Parteien hat auch nur einen Augenblick lang an der Echtheit der Urkunde gezweifelt.

⁴⁵ London war nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit bereit, auf die Einsammlung städtischer Abgaben von Auswärtigen zu verzichten, wie die Abmachung mit Winchester 1304 zeigt: CalLB C, 133–4. An der Wende zum 15. Jahrhundert wurde das Enterbungsargument wiederholt bemüht, um Ansprüche anderer englischer Städte auf Zollfreiheit in London abzuwehren, die sie auf der Grundlage eines königlichen Privilegs gestellt hatten: Northampton 1396 (CPM 3, 237; Oxford 1397 (CPM 3, 248); Wallingford 1403 (CPM 3, 270–1) und Colchester 1405 (CPM 3, 277).

andersetzungen, bei denen die Niederlassung die wiederholten Versuche der Stadt, doch noch Abgaben von den Hansekaufleuten zu erheben, stets mit dem Hinweis auf die *composicio* von 1282 abwehrte.

Bereits 1347 mußte sich das Kontor bei der Stadt beschweren, weil die Sheriffs und Wasserbailiffs ihre Güter beschlagnahmt hatten, um ihre Forderung von Abgaben auf Bretter, Hering in Fässern, Käse und Packpferde durchzusetzen.⁴⁶ Die Niederlassung hielt dagegen, daß die Hansekaufleute aufgrund der Abmachung von 1282 nicht zu diesen Abgaben verpflichtet waren, und strich das Junktum deutlich heraus: *depuis qils ont este quitez en temps de touz meires avant ces hures, viscontes et lour clerks entrevoilliez ore ordenier, qe descee en avant ils ne soient plus greves, qar ils se teignent gentz enfranchises en la dite citee, qi convendroient vivre et morir ovesqe vous si avensist par la composition de Bisshopesgate*. Bürgermeister und Aldermen ließen die städtischen Quellen durchsuchen (*inspectisque libris memorandorum in camera gyhalde Londoniensis de consuetudinibus et custumis de rebus predictis exactis*) und kamen zu dem Schluß, daß die Niederlassung weitgehend, aber nicht in vollem Umfang Recht hatte. Eine Abgabepflicht für bepackte Pferde, Bretter und Einfuhren von Käse und Hering aus den hansischen Gebieten sei in der Tat nicht nachzuweisen, sehr wohl aber für Käse, der stadtauswärts transportiert wurde. Sollte es allerdings in Zukunft zu Streitigkeiten zwischen Stadt und Kontor über die hansische Abgabepflicht kommen, so sollte der hansische Alderman diese entscheiden.⁴⁷

Damit war die Sache jedoch nicht zu Ende. Eine hansische Gesandtschaft, die 1379 zu Verhandlungen mit der Krone in London eintraf, mußte u.a. Beschwerde darüber führen, daß die Londoner sich nicht an die Abmachung von 1282 hielten.⁴⁸ Man überreichte den englischen Unterhändlern das im Kontor aufbewahrte hansische Exemplar⁴⁹ der *composicio* mit der Bitte, sie den Londonern vorlesen zu lassen und diese dazu anzuhalten,

⁴⁶ CalLB F, 174 = HUB 3, Nr. 92, S. 48–9 vom 12. Feb. 1347.

⁴⁷ CalLB F, 174 = HUB 3, Nr. 93, S. 49 vom 19. Feb. 1347. Nebenbei sollte man festhalten, daß im frühen 14. Jahrhundert der hansische Alderman zweimal die ihm 1282 zugesagten Jurisdiktionsrechte bei hansisch-englischen Rechtsstreitigkeiten eingefordert hat: 1302 erfolglos (EMCR, 181–3, 140–1) und 1344 erfolgreich (CPM 1, 213).

⁴⁸ HR I 2, Nr. 210 § 15 (Hamburger Ausfertigung), S. 250: *Ok so antwordede wy en den sonebref up dat Biscopesgat, unde beden se, dat se den horden lesen, unde dat se de van Londen berichteden, dat se unsen copman leten by siner olden fryheyt unde wonheyt na inholdinghen dessulven breves*. Details der Verletzung der Abmachung von 1282 werden nicht genannt.

⁴⁹ Daß es sich um das hansische Exemplar der Kerbschnitturkunde handelte, geht aus der Erwähnung der Besiegelung: Das Stück trug die Siegel des Königs sowie der Stadt London: CalLB C, 41.

den Kaufmann bei seinem Recht zu belassen. Dies sagten die königlichen Unterhändler zu. Der Kanzler nahm die Urkunde entgegen und sicherte den hansischen Unterhändlern die Rückgabe zu, zumal das Kontor in Sorge war, daß London die Abmachung verschwinden lassen wollte.⁵⁰ In der Tat durften die hansischen Diplomaten das hansische Exemplar der Abmachung von 1282 am 10. Dez. 1379 dem Bürgermeister, den Aldermen und 'gewissen, zu diesem Zweck eigens von ihnen einbestellten Bürgern' in der Inneren Kammer des Londoner Rathauses (Guildhall) – eine privatre Räumlichkeit, wo der Stadtrat zusammentrat – zeigen (und vermutlich vorlesen lassen).⁵¹

Dauernden Eindruck hat diese Ermahnung bei den Londonern nicht hinterlassen. Am 9. Jan. 1411⁵² traten drei Hansekaufleute im Namen des Kontors vor Bürgermeister und Aldermen von London mit der Beschwerde, daß die Bediensteten der Sheriffs (*per officarios et ministros vicecomitum London'*) von ihnen ungewohnte Zölle und andere Abgaben (*custumas ac alia onera indebita*) verlangen würden, was gegen die königlichen Freibriefe und die Abmachung von 1282 verstoße, die man in den amtlichen Unterlagen der Stadt bequem konsultieren könne (*que in camera dicte civitatis de recordo habetur*). Um welche Abgaben es ging, notierte der Londoner Schreiber in Letter Book I auf f. 106': *Custume exacte sunt 2s de biga cargata, 2d de dolio vini et 2d de cipha salis*. Die Hansen baten die Stadtväter, einen Ausschuß zu nennen, der die von den Hansen genannten Unterlagen sowie die *evidencias pro parte vicecomitum et officiorum suorum* überprüfen und Bericht erstatten möge. Zwei Wochen später berichtete der Ausschuß, daß nach Überprüfung der Unterlagen und Anhörung der Sheriffs und ihrer Bediensteten kein anderer Schluß gezogen werden könne, als daß die Sheriffs die Hansen völlig zu Unrecht – d.h. entgegen den königlichen Freibriefen und der Abmachung von 1282 (*contra formam, vim et effectum cartarum et compositionis predictarum*) – belastet hatten und dies unverzüglich zu unterlassen hatten.

Die Hanse hatte scheinbar auch diese Runde gewonnen, aber der Schein trog, denn wenige Jahre später verlangten die Sheriffs exakt dieselben Abgaben (2s für jeden beladenen Karren, 2d pro Tonne Wein, 2d pro

⁵⁰ *Unde des nam de cancelere den bref unde dede ene dem meygere to Londen, unde lovede uns, dat he uns ene wedder antworden wolde, wente de copman helt de van Londen darane to varen, dat se en den bref entveren mochten*: HR I 2, Nr. 210 § 15 (Hamburger Ausfertigung), S. 250.

⁵¹ Ebenda.

⁵² HUB 5, Nr. 984, S. 513–4 = CalLB I, 95–6.

Korb⁵³ Salz). Am 9. Feb. 1418 beschwerte sich das Kontor dagegen,⁵⁴ und zwar mit dem alten Hinweis auf die königlichen Freibriefe und die Abmachung von 1282. Diesmal aber war das Gegenargument der Sheriffs neu.⁵⁵ Sie seien Kronlehensträger, die die Grafschaften London und Middlesex mit allem Zubehör (einschließlich der lokalen Zölle) gegen die jährliche Zahlung der 'fee farm' (*feodi firma*) beim Exchequer erhalten hatten. *In auxilio firme sue* hätten sie seit undenklichen Zeiten – auch während die Stadtverfassung aufgehoben war und die Stadt in der Hand des Königs befand (1285–98) – die genannten Abgaben von allen ausländischen Kaufleuten (*de quolibet mercatore extraneo*) erhoben. Da die Hansen Ausländer seien und die genannten Handelsgüter aus der Stadt zum anderweitigen Verkauf hinausführen, schuldeten sie den Sheriffs die genannten Abgaben. Die Hansen hielten dagegen, daß die Abgabenerhebung gegen die königlichen Freibriefe sowie die Abmachung von 1282 verstieß und daß sie diese Abgaben nie gezahlt hatten. Nach Anhörung der Sheriffs (am 14. Feb.) und Recherchen in den Unterlagen der Stadt gaben Bürgermeister und Aldermen den Hansen vollkommen recht.

Ein Aspekt dieser Runde der Auseinandersetzungen zwischen den Hansen und den Sheriffs ist bemerkenswert, nämlich daß Randbemerkungen in Letter Book I eingetragen wurden, die die einschlägigen Fundstellen in den Londoner Unterlagen für die Befreiung der Hansen von jeder einzelnen Zollart festhielten (Tabelle 1).

⁵³ Eine *cipha* (sieve) war ein normierter Flechtkorb, der als Hohlmaß für trockene Güter diente und einem bushel (ca. 35 Liter) entsprach. Die *consuetudines* von Queenhithe (1299) definieren eine *cipha* Salz allerdings als 5 quarters (= 40 bushels bzw. 1409,5 Liter): Riley 1859, 238.

⁵⁴ HUB 6, Nr. 144, S. 64–6 = CalLB I, 198.

⁵⁵ Gegenüber dem Kontor war das Argument neu, nicht jedoch in der Londoner Stadtgeschichte. 1396 hatten sich die Genuesen wegen der Versuche der Sheriffs beschwert, 'scavage' von ihnen zu erheben. Die Sheriffs verteidigten sich mit dem Argument, daß seit der ersten Belehnung der Sheriffs mit der Stadt 'scavage' kontinuierlich von ausländischen Kaufleuten erhoben worden war, und wiesen zum Beweis auf die Befragung von 1299 (*Liber custumarum* f. 195–6 = *Liber Albus* f. 193–6 = Riley 1859, 223–41): CalLB H, 429–30. Der Konflikt mit den Genuesen über 'scavage' flammte 1433 wieder auf und wurde mit der Vereinbarung einer Pauschalzahlung (£28 pro Jahr) 1454 beigelegt: CalLB K, 167, 174–7, 252–3, 303–4, 366.

Tabelle 1: Belege für hansische Zollbefreiungen aus CLRO, Letter Book I, f. 213 ^{IV}		
Zollart	Fundstelle nach Letter Book I	Beleg
<i>2d de [dolio] vino et aliis rebus subtilibus</i>	<i>per cartam regiam</i>	Wohl <i>Carta mercatoria</i> (HUB 2, Nr. 31 § 1, S. 15)
<i>Custuma pro allece</i>	Letter Book F f. 147	CalLB F, S. 174 (HUB 3, Nr. 92-3, S. 48-9)
<i>Custuma de 2s [pro biga]</i>	Letter Book C f. 68 et liber Horn f. 309 und die Befreiung der Kölner Letter Book C f. 36	CalLB C, S. 111 (HUB 2, Nr. 80, S. 37) und CalLB C, S. 50 (HUB 1, Nr. 1070, S. 371)
<i>Generalis exoneracio de omnibus custumis predictis</i>	Letter Book I f. 105	CalLB I, S. 95-6 (HUB 5, Nr. 984, S. 513-4)

London hatte offenbar sehr genau nachgeprüft, ob die Dokumente, die in den Unterlagen der Stadt überliefert waren, die Rechtsbehauptungen der Hansen stützten. Wie das Urteil vom 14. Feb. 1418 zeigte, waren Bürgermeister Merlawe und die Aldermen überzeugt, daß dem so war.

Dieses scheinbar so unerschütterliche Ergebnis wurde sofort in Frage gestellt, denn die unmittelbar nachfolgenden Sheriffs, Ralph Barton und John Purveys, müssen sofort nach ihrer Amtsübernahme am 29. Sept. bzw. 12. Okt. 1418⁵⁶ angefangen haben, die lokalen Zölle, die der Stadtrat jüngst als unzulässig verworfen hatte, von den Hansekaufleuten zu erheben. Darauf hat das Kontor unverzüglich – und dies ist eine bemerkenswerte Eskalation – mit einer Klage vor dem Kronrat geantwortet, woraufhin die Kontorsvertreter eine Bürgschaft für die Durchführung ihrer Klage⁵⁷ stellen mußten. Auch wenn die hansische Klageschrift nicht überliefert ist, können wir den Zeitpunkt ihrer Einreichung zunächst aus der Beschwerde der Niederlassung gegenüber dem Parlament Anfang Dezember 1420 erschließen, daß sie ihre Klage vor dem Kronrat *par deux ansz et pluys* verfolgt (und seit dieser Zeit Bürgschaften stellen mußte), was eine

⁵⁶ Der ungewöhnliche Termin ergab sich daraus, daß Purveys' Vorgänger im Amt kürzlich gestorben war und Purveys nachgewählt wurde: CalLB I, 204.

⁵⁷ Die Kontorsvertreter waren *lyes et charges par diverses reconsauntz en la chauncerye du roy en graundz sommes de pursuyn en effect pardevaunt le counseill du roy certains billes envers John Perveys et Rauf Barton [1418/19], John Botiller et Robert Whitingham [1419/20], nadgairz viscountz de la dite citee de Loundres, contenauntz graundz grevaunces, tortz et d[amage]s par les ditz nadgairz viscountz as ditz marchauntz faitz*: HUB 6, Nr. 337, S. 186.

Datierung der Klageerhebung auf den Herbst 1418 erzwingt.⁵⁸ Zudem hält eine zwischen dem 18. und dem 22. Feb. 1426 eingereichte parlamentarische Petition des Kontors⁵⁹ fest, daß die Sheriffs *par lespace dicestes sept ansz et plus* ungewohnte, privilegienwidrige Zölle von den Hansen verlangt hatten, was auf dasselbe hinausläuft. Die Vermutung, daß Purveys und Barton sofort nach der Amtsübernahme mit der Erhebung der lokalen Zölle begonnen hatten (und daß der Stalhof die Kronratsklage zumindest vorbereitete), wird durch den Umstand gestärkt, daß das Londoner Kontor am 22. Okt. 1418 die Stadt London ein Transsumpt des Stadtratsurteils vom 14. Feb. 1418 anfertigen ließ.⁶⁰

Auch wenn die Eingabe, mit der das Londoner Kontor den Prozeß vor dem Kronrat eröffnete, nicht überliefert ist, können wir sie zumindest in Umrissen rekonstruieren, weil die Replik der Sheriffs (Anhang I) die Unterlagen nennt, die die Hansen angeführt hatten. Es waren die zu erwartenden Stücke: (1) das Privileg Heinrichs III. (1260) mit der Garantie aller beurkundeten Freiheiten und freien Gewohnheiten, (2) die Bestätigung dieser Urkunde durch Edward I. (1281); (3) die Bestätigung dieser Urkunden durch Edward II. (1317) mit der wichtigen Ergänzung der hansischen Rechte um die Freiheit von neuen Zöllen (*customam novam indebitam*) – vorbehaltlich der althergebrachten königlichen Vorkaufsrechte (*salvis ... antiquis prisis nostris*) – sowie von Brücken-, Straßen- und Mauergeld (*de pontagio, pavagio et muragio*); (4) die Abmachung von 1282; und (5) die Entscheidung des Londoner Stadtrats zugunsten der Hanse vom 9./14. Feb. 1418. Daraus läßt sich die hansische Argumentation vermuten, auch wenn wir die Gewichtung der Stücke nicht kennen. Die ersten drei Urkunden gehörten zum Standardrepertoire des Kontors, aus dem ein Argument *a fortiori* entwickelt werden konnte: Wenn der König den Hansen die Aufrechterhaltung ihrer freien Gewohnheiten garantiert (1260) und die Einführung jedweder neuer Zölle sowie die Erhebung von lokalen Abgaben untersagt hatte (1317), dann müsse dies *a fortiori* für die strittigen Londoner Zölle gelten, zumal die Stadt dies zweimal (1282, 1418) selbst akzeptiert hatte. Somit sei die erneute Abgabenerhebung durch die Sheriffs ab Herbst 1418 nach königlichem wie Stadtlondoner Recht eine unzulässige Neuerung und demnach niederzuschlagen.

Für einen erneuten Londoner Angriff auf die hansischen Rechte war die Zeit einmalig günstig, da der seit dem 20. Apr. 1417 amtierende Stadt-

⁵⁸ HUB 6, Nr. 337, S. 186, leicht falsch datiert: Die Frist für die Abgabe der Petitionen lief vom 2. bis zum 6. Dez. 1420 (RP 4, 123), nicht „1420 Dez. 2–7“.

⁵⁹ HUB 6, Nr. 613, S. 341–2.

⁶⁰ HUB 6, Nr. 144, S. 64: Stückbeschreibung von 'L. StA Lübeck, Anglicana n. 84'.

schreiber ('common clerk') John Carpenter gerade dabei war, Londoner Quellen für seinen *Liber Albus*⁶¹ zu sammeln – das Werk wurde im Nov. 1419 fertiggestellt⁶² – und infolgedessen einzigartige Kenntnisse der Londoner Sonderrechte besaß, aus denen die Sheriffs in vollen Zügen schöpfen konnten.⁶³ Diese Kenntnisse erwiesen sich als ausgesprochen hilfreich, als die Sheriffs einen juristischen Weg suchten, das scheinbar endgültige Urteil des Stadtrats vom 14. Feb. 1418 außer Kraft zu setzen. In ihrer am 10. Okt. 1420⁶⁴ beim Kronrat eingereichten Stellungnahme legten die ehemaligen Sheriffs John Perveys und Ralph Barton (1418/19) – wohl unter Carpenters geistiger Führung – die Argumente, die bereits im Februar 1418 unterbreitet worden waren, sehr viel detaillierter vor. Im einzelnen behaupteten sie, daß (1) das Recht, die lokalen Zölle, um die es ging, zu erheben, mit der Belehnung durch Heinrich I. auf die Bürger übergegangen und seitdem niemals aus der Hand gegeben war; (2) auch nach der Ausstellung der von den Hansen unterbreiteten Privilegien die fraglichen Zölle erhoben wurden, wie eine *inquisitio* i.J. 1298/99 zeigte; (3) daß just diese Zölle im Freibrief Edwards II. (1317) ausgenommen wurden; (4) daß die Hansen selbst 1321 und (5) auch kontinuierlich danach diese Zölle akzeptiert hatten; und (6) daß das Urteil von 1418 an fatalen Formfehlern scheitere. Deshalb sei es (7) nötig, durch beeidete Aussage von Geschworenen festzustellen, welche lokalen Zölle die Sheriffs berechtigt waren zu erheben. Im einzelnen betrachtet, verraten die Argumente beachtliche historische Kenntnisse:

- 1) Die vom Kontor vorgelegten Unterlagen (*evidencie*) reichen nicht zur Widerlegung der Behauptungen der Sheriffs, daß
 - a. die Hansen die Londoner Lokalzölle seit der Regierungszeit Heinrichs I. (1100–35) entrichtet hatten,⁶⁵
 - b. die Könige vor dieser Zeit just diese Zölle eingesammelt hatten,
 - c. nach der Belehnung der Bürger (*dimissio ad firmam*) mit den Grafschaften London und Middlesex diese Zölle zum Zubehör der Stadt und integraler Bestandteil dieses Geldlehens gehörten (*sunt et fuerunt civitati predictae pertinentia ut parcelle feodi firme ejusdem civitatis*),

⁶¹ Druck: Riley 1859.

⁶² Datum der Fertigstellung: Kellaway 1978, 67.

⁶³ Sie zitierten eine lange Passage über die lokalen Zölle aus dem *Liber Albus*: Riley 1859, 230–41: s. Anhang. Über Carpenters juristische Kenntnisse s. Sutton 2005, 175.

⁶⁴ TNA: PRO, E101/138/22 (fehlerhafter Teildruck: HUB 6, Nr. 332, S. 178–82). Volltext in Anhang I.

⁶⁵ Dies ist wohl als Hinweis auf das Privileg Heinrichs I. für London zu verstehen Dazu s. Anm. 44.

- d. bis zur Regierungszeit König Johanns I. Ohneland⁶⁶ die Bürger diese Zölle von den Hansen und allen anderen ausländischen Kaufleuten *ut parcellas ejusdem firme et civitati predictae pertinentes* eingenommen haben,
 - e. seit dieser Zeit die jährlich von den Bürgern gewählten Sheriffs den Besitz (*seisiti fuerunt*) dieser Zölle innehatten.
- 2) Nach der Ausstellung der von den Hansen vorgelegten Unterlagen [1260, 1281, 1282] habe Edward I. i.J. 1298/99⁶⁷ eine beeidete Untersuchung über die Londoner Lokalzölle angeordnet, deren Ergebnisse hier (wortwörtlich aus dem *Liber Albus*)⁶⁸ abgeschrieben wurden. Diese Auflistung wurde damals dem Exchequer eingereicht.
- 3) Der Freibrief Edwards II. vom 7. Dez. 1317⁶⁹ habe die Hansen zwar von neuen Zöllen und Abgaben befreit, jedoch unter Vorbehalt der *antique prise et consuetudines*, wozu die lokalen Zölle, um die es in diesem Kronratsprozeß geht, gehörten.
- 4) Anlässlich der Untersuchungen ihrer Rechte durch die Königsrichter i.J. 1321⁷⁰ hatten die Hansen die Zollfreiheit in London nicht als eigenes Recht reklamiert, sondern vielmehr die Zollpflicht für all ihre Ausfuhr aus der Stadt anerkannt.
- 5) Wenn die Krone den Hansen die Londoner Lokalzölle erlassen hätte, so hätte sie den Sheriffs eine entsprechende Summe bei der jährlichen Abrechnung über die 'fee farm' vor dem Exchequer gutgeschrieben (*allocarentur*), was jedoch nie geschehen ist. Die Hansen haben jedoch nie die Freiheit von den Londoner Lokalzöllen von König, Kronrat oder königlichen Richtern eingefordert, weshalb die Bürger nie Veranlassung hatten, eine *allocacio* zu erbitten.
- 6) Die Befreiung der Hansen von den Lokalzöllen am 14. Feb. 1418⁷¹ war gegenstandslos, weil es sich hierbei um eine gravierende Änderung gehandelt habe, die der Zustimmung der Gemeinde (*communitas*) bedürfte. Dies war nicht eingeholt worden, sondern die Entscheidung war vom damaligen Bürgermeister und 'wenigen' (*paucis*), rechtsunerfah-

⁶⁶ Dies ist wohl als Hinweis auf das Privileg Johanns für London vom 9. Mai 1215 zu verstehen, in dem er den 'Baronen' der Stadt die jährliche Wahl des Bürgermeisters aus ihren eigenen Reihen zugestand, vorausgesetzt der Gewählte wird dem König oder seinem Justiziar vorgestellt und diesem Treue schwört, und ihnen alle herkömmlichen Freiheiten (*omnes libertates suas, quibus hactenus usi sunt*) bestätigt: Stubbs 1913, 311–2.

⁶⁷ Diese Befragungen unter Eid sind wohl als Folge der Aufforderung des Königs vom 7. Aug. 1299 an die Londoner Bürgermeister und Sheriffs aufzufassen, die Rechte der Hansen zu respektieren oder sich vor ihm zu erklären: EMCR 43.

⁶⁸ Riley 1859, 230–41.

⁶⁹ Regest: HUB 2, Nr. 313, S. 131. Druck: UBStL 2, Nr. 356, S. 307–9.

⁷⁰ Cam 1969, 180–5.

⁷¹ HUB 6, Nr. 144, S. 64–6 = CLRO, Letter Book I, f. 213.

renen Aldermen in einem nicht rechtsstaatlichen Verfahren (*sine processu debito aut secta originali*) gefällt worden. Außerdem haben die Sheriffs seit diesem Tag die genannten Lokalzölle kontinuierlich von den Hansen eingehoben.

- 7) Deshalb bitten die Sheriffs jetzt den Kronrat um eine Befragung der Bürger unter Eid (*inquisicio*) über die lokalen Zölle.

Eine hansische Replik auf diese Ausführungen ist nicht überliefert. Das ist ein Jammer, weil einige der Behauptungen der Sheriffs sehr fragwürdig waren⁷² und die Hansen (zumindest später) nachweislich recht tüchtige Rechtsbeistände engagierten.⁷³

Der nächste bekannte Schritt im Kronratsprozeß fand einen Monat später statt. Am 10. Nov. 1420 bestellte der Kronrat – sicherlich nicht ohne hansisches Zutun⁷⁴ und jedenfalls unter mut. mut. wörtlicher Wiedergabe⁷⁵ der im Februar 1418 vorgelegten hansischen Argumente – beim Londoner Stadtrat eine beglaubigte Abschrift der Zollbefreiungsentscheidung des Stadtrats vom 14. Feb. 1418, also von Letter Book I, f. 213^{rv}, die das *certiorari*-Writ unter exakter Nennung der Fundstelle einforderte.⁷⁶ Die Stadt kam der Anweisung des Königs zwar nach, fügte aber der Abschrift eine kleine juristische Abhandlung bei, die man nur als merkwürdig einstufen kann. Das Kernargument der Stadt war, daß der Verzicht auf die hansische Pflicht zur Entrichtung dieser Zölle eine Angelegenheit sei, die das Gemeinwohl der Stadt angehe und deshalb grundsätzlich vom 'Common Council' der Stadt hätte bewilligt werden müssen (*que tangunt rem publicam communitalis civitatis predictae, ipsa communitas vocari debet, debuit et consuevit a toto tempore ...*). Diese Bewilligung habe zu geschehen, *priusquam recordum vel iudicium illud ingrossetur seu executioni mancipetur aut tenor inde tanquam tenor recordi seu iudicii exequendi vel tenendi extra dictam civitatem mittatur vel certioretur*. Hinzu

⁷² (2) Die Zölle, um die es jetzt ging (2s/Karren usw.), wurden bei der *inquisicio* nicht namentlich genannt (auch wenn viel über 'scavage' darin stand). (3) Der Freibrief Edwards II. gewährte den Hansen Freiheit vor neuen Zöllen nur vorbehaltlich der königlichen Prisen (Vorkaufsrecht), nicht jedoch der *consuetudines*. (5) Dieses Argumentum ex silentio ist juristisch anfechtbar. (6) Das Urteil vom 14. Feb. 1418 wurde vom Bürgermeister und 'den' Aldermen in der zweiten Sitzung zu diesem Problem gefällt. Für die Behauptung der Sheriffs, es seien nur wenige und diese rechtsunerfahren, fehlt jeder Beleg in den Quellen.

⁷³ Jenks 1994, 146–7.

⁷⁴ Das Kontor hatte am 22. Okt. 1418 ein von ihm bestelltes Transsumpt von diesem Eintrag erhalten: HUB 6, Nr. 144, S. 64 Stückbeschreibung.

⁷⁵ Das von der Hanse angeforderte, am 22. Okt. 1418 erstellte Transsumpt (HUB 6, Nr. 144, S. 64, Stückbeschreibung von Anglicana 84) muß diesem *certiorari*-Writ zugrundegelegen haben.

⁷⁶ CLRO, Letter Book I, f. 267^v (fehlerhafter Teildruck HUB 6, Nr. 333, S. 182–3).

komme, daß die hansischen Beschwerden damals nur mündlich – *verbotenus* – und nicht in rechtsstaatlichen Formen – *sine billa aut secta originali vel processu debito* – erhoben wurden. Insbesondere stellten die städtischen Zölle Zubehör des Amts der Sheriffs dar, welches die Stadt von der Krone aufgrund der Entrichtung der 'fee farm' erhalten habe und behalte. Eine Befreiung der Hanse von diesen Zöllen laufe deshalb auf eine Enteignung (*exheredacio*) der *communitas* Londons hinaus, was ohne die Einwilligung des 'Common Council' unzulässig sei. Aber das 'Common Council' habe man nicht hinzugezogen. Ebensowenig liege eine Bewilligung oder eine Freigabe zur Anwendung des Urteils vor, weshalb es rechtlich gegenstandslos sei (*irritum et cassum multipliciter calumpniatum et deductum*) und überhaupt nicht bescheinigt werden könne, ohne die Londoner Sonderrechte zu verletzen (*ideo tenorem recordi illius tanquam tenorem alicujus recordi exequendi vel obediendi coram vobis ad presens mittere non possumus sine offensione consuetudinum predictarum*). Dennoch füge man weisungsgemäß eine beglaubigte Abschrift bei (*Set tamen tenorem recordi intrati in libro signato cum littera I folio 213°, de quo interius fit mencio, et quod penes nos in forma predicta irritum remanet et cassum, vobis mittimus in quadam cedula huic brevi consuta, prout istud breve exigit et requirit etc.*).

Nun ist diese Abhandlung sehr merkwürdig. Zum Teil haben die Sheriffs schlicht gelogen, denn die Vorlage der *billa*, mit der die Hansen ihre Beschwerden erhoben, ist im London Journal eigens vermerkt.⁷⁷ Die Unterstellung, die Entscheidung sei in einer nicht rechtsstaatlichen Art zustandegekommen, ist – angesichts der Tatsache, daß die Materie in zwei Sitzungen des Stadtrats (9., 14. Feb. 1418) erörtert wurde – zumindest recht unglaubwürdig, auch wenn weder die Letter Books noch der London Journal Aufschluß über die Anzahl der anwesenden Aldermen oder ihre Rechtskenntnisse geben. Die Antwort auf die Frage der Zustimmungspflicht des 'Common Council' hängt vom Rechtsstandpunkt ab, und dazu muß man den Hintergrund etwas ausführlicher schildern. Nach einer Entscheidung i.J. 1376 mußte das 'Common Council' bei der Verabschiedung von allen Verordnungen, die die Stadt allgemein angehen, anwesend sein. Wenn der Bürgermeister und die Aldermen eine solche Verordnung verabschieden, ohne daß das 'Common Council' (oder eine Mehrheit davon oder zumindest die zwölf größten Zünfte) zustimmt, dann ist diese Verordnung null und nichtig.⁷⁸ Da der *Liber Albus* nichts über die Befugnisse

⁷⁷ CLRO, London Journal 1, f. 43^r = HUB 6, S. 66 Anm. 2.

⁷⁸ CalLB H. 39–40. Diese Entscheidung wertet Reynolds 1972, 350, als der Anfang der Rolle des 'Common Council' als „a regular part of London's constitution.“ Zur allgemeinen Finanzhoheit des 'Common Council' im 15. Jahrhundert, insbesondere sein Vetorecht über Steuererhebungen, s. Barron 2004, 131, 133–4.

des 'Common Council' mitteilt, muß man die Praxis im frühen 15. Jahrhundert (1400–20) unter die Lupe nehmen. Diese zeigt zunächst, daß das 'Common Council' in der Tat sämtliche Verordnungen allgemeiner Natur mitbewilligt hatte,⁷⁹ sehr im Gegensatz zu Regelungen für einzelne Zünfte (z.B. Zunftordnungen) oder die Schlichtung von Streitigkeiten unter zwei Zünften, die Bürgermeister und Alderman stets allein vorgenommen haben. Darüber hinaus stimmte das 'Common Council' sämtlichen langfristigen (50 bzw. 60 Jahre) Verpachtungen zu,⁸⁰ während jederzeit kündbare Mietverhältnisse von Bürgermeister und Alderman in eigener Machtvollkommenheit vereinbart wurden. Belege für eine umfassende Kontrolle über die städtischen Finanzen – insbesondere für eine Zustimmungspflicht bei Verzicht auf Einkünfte – sind schwer zu finden. Zweimal stimmte das 'Common Council' der lebenslangen Fortzahlung von Gehältern an städtische Bedienstete auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt zu.⁸¹ Somit konnten sich die Sheriffs nur auf die allgemeine Regel von 1376 stützen. Ob diese hier Anwendung fand, hing vom jeweiligen Rechtsstandpunkt ab.

- Argumentierte man – wie die Sheriffs dies taten –, daß es sich bei der Entscheidung vom 14. Feb. 1418 um einen erstmaligen Verzicht auf Einkünfte handelte, die seit dem frühen 12. Jahrhundert kontinuierlich eingehoben wurden, so daß die Befreiung der Hansen i.J. 1418 eine Neuerung war, die zulasten der Londoner ausfiel, dann könnte man sehr wohl für eine Zustimmungspflicht des 'Common Council' plädieren.
- Argumentierte man jedoch – wie die Hansen dies taten –, daß die Entscheidung von 1418 lediglich den seit Menschengedenken geltenden rechtlichen Istzustand bestätigt hatte (was die Randbemerkungen in Letter Book I, f. 213, unmißverständlich dokumentierten), daß also gar keine Neuerung eingetreten war, dann könnte man sehr wohl behaupten, daß eine Zustimmungspflicht des 'Common Council' gar nicht gegeben sei.

Die gequälte Argumentation der Stadt zeigt wohl, daß den Verantwortlichen durchaus bewußt war, wie schwach ihre Rechtsposition war. Wäre nämlich der glasklare Nachweis aller früheren hansischen Zollbefreiungen, den die Randbemerkungen in den Letter Books (Tabelle 1) festhielten, dem Kronrat zur Kenntnis gelangt, so hätte dies die Position der Stadt unhaltbar gemacht.

⁷⁹ CalLB I, 19, 32–3, 40, 49, 62–3, 111, 137, 159, 178, 193–4.

⁸⁰ CalLB I, 6–7, 10–1, 22–3, 65, 188–9, 193–4, 202, 219.

⁸¹ CalLB I, 9, 179. Der i.J. 1417 ausscheidende Common Clerk durfte auch in seiner Dienstwohnung lebenslang bleiben, und zwar auf Betreiben seines Nachfolgers, John Carpenter (ebenda, 179).

Beide Seiten hatten durch ihre Eingaben an den Kronrat ihre Rechtsansichten in aller Ausführlichkeit dargelegt, aber der Prozeß zog sich jahrelang hin. Währenddessen verstummte die historisch-juristische Argumentation. Die Hansen beschränkten sich auf Eingaben an das Parlament, in denen sie um Entlassung aus den beschwerlichen, jedes Jahr dem neuen Sheriffspaar in Höhe von £40 zu leistenden Bürgschaften baten, aber keine neuen Sachargumente vorlegten. Von der Stadt London fehlt eine Überlieferung fast vollständig. Nur zwei dürre Notizen in den 'London Journals' geben Kunde, daß sich London überhaupt mit der Sache befaßte: Im Februar 1419 wurden die Hansen vor Bürgermeister und Aldermen zitiert,⁸² ohne daß nähere Einzelheiten genannt werden, und am 10. Feb. 1420 entschied sich der Stadtrat, daß die öffentliche Hand die Auslagen für den Kampf der Sheriffs gegen die Hansen tragen sollte.⁸³

In Ermangelung neuer Argumente wurde der Streit ein reiner Machtkampf. Die Kernfrage war, ob die Hansen den Druck der Sheriffs aushalten bzw. das Königtum effektiv zu Hilfe rufen konnten, um die Sheriffs in die Schranken zu weisen. Die kurze Antwort lautet: Den Hansen gelang dies nicht. Es dauerte aber sieben Jahre, bis das Kontor zermürbt war und den Kampf aufgab.

Wir werden aber nur indirekt – durch parlamentarische Petitionen und die Korrespondenz des Kontors mit dem Hansetag – über den Gang der Dinge in London informiert. Anfang Dez. 1420 reichten drei Vertreter der Londoner Niederlassung eine Petition beim Parlament ein,⁸⁴ in dem sie feststellten, daß sie durch Einreichung von *bille* vor dem Kronrat die Londoner Sheriffs John Purveys und Ralph Barton (1418/19) und John Botiller und Robert Whitingham (1419/20) wegen der Bedrückung der Hansen verklagt hatten, daß sie infolgedessen verpflichtet worden waren, in der Kanzlei Sicherheiten in namhafter Höhe (*reconusauntz ... en graundz sommes*) zu leisten, um die Durchführung ihrer Klage zu gewährleisten.⁸⁵ Da sich der Kronratsprozeß nunmehr um mehr als zwei Jahre in die Länge ziehe, baten sie um Abstellung ihrer Beschwerden und um Aufhebung der Sicherheiten (*qe les suisditz reconusaunces ... soient cancelles et adnulles*). Diese Petition blieb unbeantwortet und hatte keine überlieferte Folge.

⁸² In der Sitzung, die *die martis* [Platz gelassen für Nachtrag] *die Februarii anno Henrici 5^o 6^{to}* stattfand, notierte man: *Mercatores Alemannie diem habent usque sabbati proxime*: CLRO, London Journal I, f. 55^v.

⁸³ *Consideratum est, quod expense circa materiam Esterlingorum faciende sit de communi bono*: CLRO, London Journal I, f. 70^v.

⁸⁴ HUB 6, Nr. 337, S. 186: Die Frist für die Einreichung von Bittschriften lief vom 2. bis zum 6. Dez. 1420: RP 4, 123.

⁸⁵ Diese Sicherheiten sind nicht überliefert.

Zwei Jahre später, im ersten Parlament des neuen Monarchen, Heinrich VI., reichte das Kontor erneut eine Petition ein.⁸⁶ Darin beschwerte sich die Niederlassung zum wiederholten Mal über die privilegienwidrige Erhebung von lokalen Zöllen durch Purveys und Barton, ergänzte jedoch, daß es zu Güterbeschlagnahmen in erheblichem Umfang gekommen sei, und zwar sowohl durch Purveys und Barton (1418/19) als auch durch die momentan amtierenden Sheriffs William Estfield und Robert Tatersall (1422/3). Um den noch laufenden Prozeß vor dem Kronrat zu Ende zu bringen, bat das Kontor das Parlament, Richter der beiden Zentralgerichte King's Bench und Common Pleas abzuordnen, um die Unterlagen des Prozesses (*le record*) durchzuarbeiten und eine Entscheidung nach Billigkeit (*solonc bon foy et concience*) zu fällen. In der Zwischenzeit möge man den Sheriffs untersagen, die hansischen Güter anzutasten. Die Antwort⁸⁷ auf die Petition lief auf eine Vertagung der Angelegenheit in statu quo hinaus. Wenn die Hansen nämlich Sicherheiten in der in solchen Fällen üblichen Höhe an die jetzt amtierenden Sheriffs stellten und sich dabei (als Bedingung der Sicherheit) verpflichteten, den Prozeß gegen die ehemaligen Sheriffs bis zur Entscheidung durchzuführen und diese Entscheidung zu respektieren, dann sollten die jetzigen Sheriffs durch ein *supersedeas*-Writ angewiesen werden, von der Erhebung der lokalen Zölle sowie von jeglicher Zwangsmaßnahme gegen die Hansen abzusehen und sie in Ruhe (*en pees et quiete de tieux maners vexacions*) zu lassen. Am 4. Dez. 1422 stellten drei Vertreter des Kontors eine Sicherheit in Höhe von £40 unter den erforderlichen Bedingungen⁸⁸ und am 23. Dez. 1422 wurde das entsprechende *supersedeas*-Writ ausgestellt.⁸⁹

Dieses Muster wiederholte sich in den folgenden Jahren. Kein neues Sheriffspaar fühlte sich auch nur im geringsten an die *supersedeas*-Writs gebunden, die an ihre Vorgänger gerichtet waren. Die Hanse mußte wiederholt Petitionen an das Parlament einreichen und erreichte damit exakt das, was die letzte Runde gebracht hatte, nämlich eine Anweisung an die momentan amtierenden Sheriffs, die Hansen in Ruhe zu lassen, bis der Kronratsprozeß abgeschossen sei, was die Amtsnachfolger prompt mißachteten. Darüber beschwerte sich die Londoner Niederlassung wiederholt beim Hansetag.⁹⁰

⁸⁶ HUB 6, Nr. 474, S. 264–5. Die Frist für Petitionen lief vom 9. bis 14. Nov. 1422: RP 4, 170.

⁸⁷ HUB 6, Nr. 475, S. 265.

⁸⁸ HUB 6, Nr. 479, S. 269. Diese Sicherheit wurde in Gestalt einer 'conditioned bond' gestellt, d.h. die Kontorsvertreter bekannten sich zu einer Schuld in Höhe von £40 gegenüber den Sheriffs Estfeld und Tatersall, allerdings unter der Bedingung, daß die Schuldurkunde verfalle, wenn die Kontorsvertreter den Prozeß durchführten und das Urteil respektierten.

⁸⁹ HUB 6, Nr. 482, S. 270–1; Regest CCR 1422–9, 49.

Dem Parlament vom Herbst 1423 reichte das Kontor eine Bittschrift ein,⁹¹ in der es sich wieder über die Erhebung der lokalen Zölle und die Beschlagnahme der Handelsgüter durch Purveys und Barton beschwerte. Dies verstoße sowohl gegen die königlichen Privilegien als auch gegen die Entscheidungen des Londoner Stadtrats von 1411 und 1418. Nun aber würden die neuen Sheriffs, Nicholas James und Thomas Wandesford (1423/24) erneut die fraglichen Zölle einfordern. Hinzu komme, daß die Kontorsvertreter durch die verschiedenen Sicherheiten, die sie jedem neuen Sheriffspaar in der Kanzlei stellen mußten, schwer belastet seien, und die Sheriffs würden sogar verhindern, daß die Niederlassung einen neuen (englischen) Ältermann wähle. Das Ergebnis dieser Petition war das gleiche wie immer: Am 9. Feb. 1424 stellten die Kontorsvertreter eine mutatis mutandis gleichlautende Sicherheit gegenüber den amtierenden Sheriffs James und Wandesford.⁹²

Allmählich wurde es klar, daß die hansischen Londonfahrer am Ende ihres Lateins waren. Am 6. Apr. 1424 beklagte sich das Kontor beim Hansetag,⁹³ daß sogar *de meste deel* der hansischen Londonfahrer wegen der privilegienwidrigen Londoner Zölle festgenommen sei und in Haft bleibe, während der Stalhof zwangsweise zugesperrt wurde (*dartho boden, kameran unde huse thogesegelt unde gesloten*), wie man bereits im vergangenen Herbst geschrieben habe.⁹⁴ Briefe von König Sigmund an König und Kronrat sowie an beide Parlamentshäuser hätten auch keinen Fortschritt in der Sache gebracht, denn keiner in England beachte sie. Auch wenn die Privilegien der Hanse in England gefährdet seien, lange halte man das nicht mehr aus: *wante et hir in unser macht nycht en is, dat langer tho holdene unde dar enteghen tho vorvolgende, na dat wy de nesten 5 jār grote kost gedan unde drepeliken schaden darvan ghenomen unde geleden hebben*.

Die Misere setzte sich unerbittlich fort. Da i.J. 1424 kein Parlament zusammentrat, konnte die Niederlassung keine Petition einreichen, aber am 4. Dez. 1424 stellten die Kontorsvertreter gegenüber den neuen Sheriffs, Simon Seman und John Bythewater (1424/25), die übliche Sicherheit auf.⁹⁵ Am 5. Aug. 1425 beschwerte sich das Kontor erneut gegenüber den

⁹⁰ HR I 7, Nr. 594, S. 401–3 (11. Jan. 1423). HR I 7, Nr. 609 § 6, S. 416 (16. Juli 1423) erwähnt noch Verhaftungen hansischer Londonfahrer. Dazu vgl. auch die Stellungnahme des Lübecker Hansetags vom 16. Juli 1423: HR I 7, Nr. 609 § 6, S. 416.

⁹¹ TNA: PRO, SC8/20/996. Druck: Anhang II. Die Frist für die Einreichung von Petitionen lief vom 20. bis zum 26. Okt. 1423.

⁹² CCR 1422–9, 140.

⁹³ HR I 7, Nr. 671, S. 451–2 (fehlerhaft); Regest HUB 6, Nr. 543, S. 302–3.

⁹⁴ Dieses Schreiben ist nicht überliefert.

⁹⁵ CCR 1422–9, 192–3.

in Brügge versammelten Sendeboten der Hansestädte.⁹⁶ Der resignierende Ton ist deutlich herauszuhören: Briefe vom König, vom Hochmeister und von den Städten – einzeln wie im Hansetag versammelt – hätten nichts geholfen, denn sie wurden nicht beantwortet und nicht einmal beachtet (*luttick by gesat en is*). Man habe große Kosten auf sich genommen,⁹⁷ um die Privilegien in England zu verteidigen, sei jedoch nicht merklich vorgekommen (*unde en es nicht vele to voren*). Die letzte Hoffnung sehe das Kontor darin, daß die mit Flandern verhandelnden Ratssendeboten nach London kommen. Daraus ist nichts geworden. Eine Petition an das Parlament (30. Apr.–14. Juli 1425) hat man – nach der Überlieferungslage zu urteilen – nicht eingereicht. Lediglich die übliche Sicherheit wurde gegenüber den neuen Sheriffs William Mildrede und John Brokle am 6. Nov. 1425 gestellt.⁹⁸

Einen Versuch wagte man noch. Zwischen dem 18. und dem 22. Feb. 1426 reichte das Kontor zwei Petitionen beim Parlament ein. Im ersten⁹⁹ stand die mittlerweile übliche Klage über die privilegienwidrige Erhebung der lokalen Zölle in London, die nunmehr sieben Jahre andauere, sowie über die hohen Kosten des Verfahrens und die Vergeblichkeit aller bisherigen Versuche zur Beilegung des Streits. Im anderen¹⁰⁰ bat man um die Ernennung eines von drei genannten Londoner Aldermen als Alderman und Richter der Niederlassung, welches Amt nunmehr seit dem Ausscheiden des letzten Aldermans vor sieben Jahren vakant sei. Die zweite Petition wurde umgehend bewilligt und einer der Nominierten, William Crowmer, am 18. Feb. 1427 ernannt.¹⁰¹ Eine Antwort auf die Bitte um Abhilfe bei der leidigen Frage der lokalen Zölle blieb aus. Lediglich die übliche Sicherheit wurde gegenüber den neuen Sheriffs Robert Arnold und John Heyham (1426/27) am 5. Okt. 1426 gestellt.¹⁰²

Angesichts der aussichtslosen Lage knickte das Kontor zu Beginn des Jahres 1427 ein und einigte sich mit der Stadt.¹⁰³ In einer Sitzung am 20. Feb. 1427¹⁰⁴ gewährten Bürgermeister, Sheriffs, Aldermen und 'Common

⁹⁶ HR I 7, Nr. 805, S. 568–9; Regest HUB 6, Nr. 592, S. 318.

⁹⁷ Rückblickend stellte das Kontor 1447 fest, daß der Streit über £1000 gekostet hatte: HR II 7, Nr. 488 § 21, S. 727.

⁹⁸ CCR 1422–9, 257–8; erwähnt HUB 6, S. 361 Anm. 2 (mit orthographischen Fehlern).

⁹⁹ HUB 6, Nr. 613, S. 341–2.

¹⁰⁰ HUB 6, Nr. 611, S. 339–41.

¹⁰¹ HUB 6, Nr. 612, S. 341.

¹⁰² HUB 6, Nr. 643, S. 361.

¹⁰³ Am 31. Jan. 1427 vermerkte der Londoner Stadtrat seine Zustimmung in der *materia de Esterlinges ... videlicet quod pro custuma exoneranda ...*: CLRO London Journal 2, f. 80^r.

¹⁰⁴ HUB 6, Nr. 658, S. 368–70, aber ohne Kenntnis der Londoner Überlieferung (CLRO Letter Book K, f. 33^v) und deshalb mit falscher Angabe der Quelle des Transsumpts im Lübecker Archiv als 'Letter Book R'. Dies war in Wirklichkeit die Quelle des Transsumpts vom 12. Mai 1475.

Council' von London dem Kontor das Recht auf einen Alderman, und zwar ausdrücklich nach Maßgabe der (hier eigens genannten) Abmachung von 1282, mit der unbedeutenden Einschränkung, *quod huiusmodi aldermannus non manutenebit nec supportabit dictos mercatores contra statum, proficuum aut honorem civitatis predictae quoquomodo infuturum, ad que facienda et non contravenienda quilibet aldermannus huiusmodi, cum ad officium illud fuerit admittendus, vinculo iuramenti constringatur*. Ferner stellten die Versammelten fest, daß der Streit zwischen den Sheriffs und dem Kontor juristisch unlösbar sei: Die Sheriffs haben genauso überzeugend argumentiert, daß die Hansen die lokalen Zölle zahlen müssen, wie die Hansen dagegen. Somit bleibe nur der Ausweg, *pro bono pacis* eine Pauschalzahlung (*pro rationabili recompensacione*) zu vereinbaren. Deshalb befreie man die Hansen hiermit von allen bislang geforderten lokalen Zöllen (mit Ausnahme einer Abgabe von 4d pro Packen Wolltuch). Dafür erklärten sich die Hansen bereit, für die Gerichtsbarkeit ihres englischen Aldermans den beiden Sheriffs 40s jährlich im April zu zahlen. Für die Befreiung von den strittigen städtischen Zöllen sowie für alle anderen althergebrachten Rechte der Hanse verpflichtete sich die Niederlassung, dem Bürgermeister sowie den Sheriffs jährlich im Februar jeweils £5 6s 8d zu zahlen.¹⁰⁵ Sollten aber die Hansekaufleute die termingerechte Zahlung versäumen, dann sei diese Einigung hinfällig. Wie es die juristische Übervorsicht forderte, wurde die Übereinkunft in Anwesenheit und unter Beteiligung des 'Common Council' getroffen, wie eigens vermerkt wurde.¹⁰⁶

Nun hätte man denken können, daß diese Pauschalzahlungen die Pflicht zur Instandhaltung von Bishopsgate abgelöst hätten, bildeten sie doch jetzt die Gegenleistung für exakt die Stadtlondoner Rechte, die nach hansischer Ansicht bereits in der Abmachung von 1282 verankert waren. Trotzdem verhielten sich beide Seiten so, als ob die Instandhaltungs- und Verteidigungspflicht unbeschadet und unvermindert fortbestand, deren Vernachlässigung die Stadtlondoner Rechte der Hansen gefährden könnte. In den Jahren nach 1427 kamen die Hansen ihrer Pflicht zur Instandhaltung des

¹⁰⁵ Nach Wahl des Kontors konnte diese Zahlung auch in Naturalia geleistet werden: 2 Faß bester Hering (à 13s 4d/Faß), ein Faß bester Stör (à 40s) und ein Zentner polnisches Wachs (à 40s).

¹⁰⁶ Am 10. März 1427 vermerkte der Stadtrat in seinen Protokollen, daß die Amtsträger, die für die Erhebung der strittigen lokalen Zölle (*scavage*) zuständig waren, nach Einsichtnahme in ihren Büchern und Unterlagen geschworen hatten, daß sie – außer der Abgabe auf Wolltuch – die betreffenden Zölle nie von den Hansekaufleuten erhalten hatten: CLRO, London Journal 2, f. 82^r. Das ist als Garantie zu verstehen, daß sie diese Zölle in Zukunft nicht einfordern würden. Am 4. Juli 1427 vermerkten sie die Zustimmung der Hansen zur Abmachung: *Materia de Esterlinges concessa per eos etc.* (CLRO, London Journal 2, f. 85^v).

Stadttorees stets ohne Fehl und Tadel nach: Die überlieferten Kontorsabrechnungen enthalten entsprechende Belege.¹⁰⁷ Nicht geringer war die Sorge um die Verteidigung des Stadttores. 1457 trugen die Kontorsstatuten jedem Hansekaufmann, der eine Kammer im Stalhof hatte, die Pflicht auf, Waffen und Rüstung zur Verfügung zu halten, und zwar für den Fall, daß Bishopsgate zu verteidigen sei.¹⁰⁸

Darüber hinaus haben die Hansen fast verbissen um ihr Recht gekämpft, Bishopsgate instandzuhalten. 1447 beschwerte sich das Kontor beim Hansetag, daß die Stadt ein *hues up des copmans grunt an de porte von Bisschoppesgate* gegen den Willen der Niederlassung gebaut habe,¹⁰⁹ was ernste Sorgen um den Fortbestand der hansischen Privilegien in London erwecke.¹¹⁰ 1462 kam es zum Streit über die Instandhaltung des Stadttores sowie über aus der Abmachung von 1282 abzuleitenden Rechte des Kontors.¹¹¹ Aufgrund der Abmachung würden, so der Vorwurf des Stadtrats, die Hansen (1) das Eigentum einer *mansio* oben auf Bishopsgate (sowie das Recht, diese nach Belieben zu vermieten) beanspruchen und (2) den Anspruch erheben, im Kriegsfall den oberen Teil des Stadttores, wo das Fallgatter lag, zu verteidigen. Es sei unmöglich, so die Argumentation des Stalhofs weiter, die Pflicht zur Instandhaltung und Verteidigung des Stadttores zu erfüllen, es sei denn, das Kontor könne sein Eigentum am Stadttor wirtschaftlich verwerten (*nisi emolumentum supradicte porte perciperent*). Daraufhin haben Bürgermeister und Aldermen die Abmachung von 1282 konsultiert, die ihnen das Kontor im Original vorlegte, und fanden darin keinen Hinweis auf eine *mansio*, dafür sehr wohl einen klaren Nachweis der Pflicht der Niederlassung zur Instandhaltung und Verteidigung des Stadttores, nicht jedoch desjenigen Teils, wo das Fallgatter lag, sondern nur eines anderen Teils oberhalb der Brustwehr (*unam partem superius, que videtur supra bateliamentum*). Im übrigen sei es für die Stadt viel zu gefährlich, in Kriegszeiten den mittleren Teil mit Fallgatter Ausländern zu überlassen.¹¹² Am 5. März 1462¹¹³ bestellte der Stadtrat das Kontor ein und

¹⁰⁷ 40s/Jahr an die Sheriffs im April: HUB 9, Nr. 439 § 18, S. 296; Nr. 540 § 49, S. 406. £5 6s 8d (anstelle von 1 Faß Stör, 1 Zentner Wachs und 2 Tonnen Hering) an die Sheriffs im Februar: HUB 9, Nr. 439 § 91–2, S. 298. Diese Zahlungen (nur im Falle der 40s/Jahr mit der Erklärung *umme unse recht in des kopmans halle to holdende*) sahen die Kontorsstatuten auch vor: Lappenberg 1851 Urkk., Nr. 45 § 10, § 12, S. 26.

¹⁰⁸ Lappenberg 1851 Urkk., 118.

¹⁰⁹ Dieses Haus ist wohl von der *mansio* zu unterscheiden, die das Kontor in Verbindung mit der *custodia* von Bishopsgate i.J. 1438 verpachtet hatte: HUB 7/1, Nr. 326, S. 160.

¹¹⁰ HR II 7, Nr. 488 § 21, S. 727.

¹¹¹ Druck: HR II 5, Nr. 146, S. 86–7 (fehlerhaft); Regest: CalLB L, 13–4.

¹¹² Man dachte offenkundig an die Rosenkriege, die mit dem Sieg Edwards IV. exakt ein Jahr zuvor einen vorläufigen Abschluß gefunden hatten.

¹¹³ Das in Letter Book L angegebene Datum *quinto die Marcii anno regni regis Edwardi*

verlangte – angesichts des ruinösen Zustands von Bishopsgate, das nicht ausreichend instandgehalten worden war – die Herausgabe der Schlüssel. Als die Kontorsvertreter dies verweigerten, beschloß der Stadtrat, den Bürgermeister zu beauftragen, Bishopsgate persönlich für die Stadt in Beschlag zu nehmen, was er am Nachmittag auch prompt tat, wobei er angesichts der Weigerung der anwesenden Kontorsrepräsentanten, die Schlüssel zu übergeben, das Schloß kurzerhand abschlagen und ersetzen ließ. Wenige Tage später wurde die *mansio* an einen Stadtbediensteten verpachtet.¹¹⁴ Mit der Erklärung, daß die Hansekaufleute sich geweigert hatten, Bishopsgate zu reparieren, und somit die *composicio* von 1282 gebrochen hatten, wurde dem neuen Pächter aufgetragen, das Tor auf Kosten der Stadt instandzusetzen.

Die Gefahr, daß damit die Abmachung von 1282 außer Kraft gesetzt worden sein könnte, beunruhigte die Stalhofinsassen sehr und rief erneut Sorgen um den Fortbestand der Stadtlondoner Privilegien wach.¹¹⁵ Damit verliert sich allerdings die Spur dieses Streits. Wenige Jahre später finden wir allerdings in den Abrechnungen der Niederlassung Auslagen für Baumaterialien für Bishopsgate,¹¹⁶ was zumindest auf eine vorläufige Einigung hinweist, auch wenn diese keine Spur in den Quellen hinterlassen hat. Die hansische Nervosität dauerte jedoch fort. Im Rahmen der Utrechter Verhandlungen beklagten die hansischen Unterhändler den Vorgang von 1462 und verlangten eine urkundliche Bestätigung der Instandhaltungspflicht des Kontors sowie seines uneingeschränkten Besitzes von Bishopsgate und die Übergabe der Schlüssel, und zwar unter dem Amtssiegel des Bürgermeisters.¹¹⁷ Dies wurde im Vorvertrag zugestanden¹¹⁸ und im Frieden von Utrecht verankert.¹¹⁹ Als die Hansekaufleute dann in den Stalhof zurückkehrten, ließen sie alle relevanten Abmachungen (1282, 1418, 1427) vom Mayor aufgrund eines Beschlusses vom 'Common Council' transsumieren und bestätigen.¹²⁰ Selbst viel Geld zu zahlen war

Quarti primo (5. März 1461) ist ein Versehen, der wohl deshalb entstanden ist, weil infolge des Wechsels des Regierungsjahrs am Vortag der 5. März der erste Tag des neuen Regierungsjahrs war. Daß die Einbestellung des Deutschen Kaufmanns tatsächlich am 5. März 1462 geschah, geht aus hansischen Quellen hervor: HR II 5, Nr. 263 § 10, S. 182; HR II 7, Nr. 34 § 23, S. 97; Nr. 44 § 17, S. 127. Außerdem amtierte der in unserem Dokument genannte Bürgermeister, Hugh Wiche, vom 28. Okt. 1461 bis zum 28. Okt. 1462.

¹¹⁴ CalLB L. 14; HR II 5, S. 87 Anm. 1.

¹¹⁵ *dar dat fundament van des copmans privilegien bynnen der stat van Londen oppe staet, lick de composicie darvan tusschen dem copmanne und der stat van Londen gemaket clarliken inheldet*: HR II 5, Nr. 263 § 10, S. 182 und § 31, S. 185.

¹¹⁶ HUB 9, Nr. 540 § 68, S. 407.

¹¹⁷ HR II 7, Nr. 37 § 23, S. 97.

¹¹⁸ HR II 7, Nr. 44 § 17, S. 127 vom 19. Sept. 1473.

¹¹⁹ HR II 7, Nr. 142 § 13, S. 347 vom 2. Feb. 1474.

allemaal besser als eine offene juristische Flanke zu riskieren. Und nach den notwendigsten Reparaturen am Stalhof selbst begann man 1479 mit einer aufwendigen Renovierung von Bishopsgate,¹²¹ die noch mehr als ein Jahrhundert später die Bewunderung John Stows hervorrief.

III

Die Abmachung von 1282 war in der Tat von zentraler Bedeutung für die hansische Niederlassung in London, denn sie war Grundlage und Garant für ihre Rechte in der Stadt, insbesondere die Freiheit von städtischen Zöllen und die Jurisdiktionsrechte ihres englischen Aldermans in anglo-hansischen Rechtsstreitigkeiten. Während das Recht des Kontors, sich ein Mitglied des Londoner Stadtrats als ihren Ältermann auszusuchen, nie ernsthaft angetastet war,¹²² geriet die Freiheit der Hansekaufleute von städtischen Zöllen rasch und wiederholt unter Beschuß. Stets wehrte sich die Niederlassung gegen derartige Versuche mit dem deutlichen Hinweis auf die Abmachung von 1282, insbesondere auf das Junktim zwischen *custodia et reparatio* von Bishopsgate einerseits und Genuß der Stadtlondoner Rechte andererseits. Nicht einmal die Konzession einer Pauschalzahlung (1427) für die Zollfreiheit der Hansen und der Jurisdiktionsrechte ihres englischen Aldermans konnte das Festhalten des Kontors an die Abmachung von 1282 (und die in ihr enthaltene Instandhaltungspflicht für Bishopsgate) erschüttern. Die Bestimmung des Utrechter Friedens (1474), daß der Bürgermeister eine urkundliche Bestätigung der Instandhaltungspflicht des Kontors sowie seines uneingeschränkten Besitzes von Bishopsgate auszustellen habe, und die anschließende Bestätigung aller relevanten Abmachungen (1282, 1418, 1427) vom Mayor aufgrund eines Beschlusses vom 'Common Council' unterstreichen die Bedeutung der Abmachung von 1282 für den Stalhof. Kein Wunder also, daß die Niederlassung darauf

¹²⁰ Beschluß des Stadtrats und des 'Common Council': CalLB L. 129; HUB 10, Nr. 414, S. 257. Transsumpt vom 12. Mai 1475: AHL, Urkunden, Anglicana 211 (= CLRO London Journal 8, f. 115^r–119^v) Lappenberg 1851 Urkk., Nr. 132, S. 148–9 (Regest HUB 10, Nr. 415, S. 257–8), später übertragen in das Kopialbuch des Ältermanns Herman Langerman (1595). S.a. die Stückbeschreibungen von HUB 6, Nr. 144, S. 64 (L₁) und Nr. 658, S. 368 (L₁). Die Anerkennung des Besitzes (*custodia et possessio*) sowie der Pflicht zur Instandhaltung (*reparacio*) – was ihnen die Stadt strittig gemacht hatte *in gravamen predictorum mercatorum et predictae composicionis* [1282] *prejudicium non modicum ac consuetudinis hucusque observate* – gehörte zu den Forderungen der hansischen Unterhändler in Utrecht (HR II 7, Nr. 37 § 23, S. 97). Die Formulierung zeigt, daß das Junktim den Unterhändlern durchaus bewußt war, und sie konnten ihre Forderung durchsetzen: HR II 7, Nr. 44 § 17, S. 127; Nr. 142 § 13, S. 347.

¹²¹ HR III 1, Nr. 347 § 10, S. 291.

¹²² Das Hinauszögern der Wahl eines englischen Aldermans zwischen 1419 und 1426 (HUB 6, Nr. 612, S. 341) ist als Druckmittel im Zollstreit zu verstehen.

achtete, das Original von 1282 zusammen mit den Privilegien der englischen Könige nach Lübeck schaffen zu lassen, als das Hansekontor Ende des 16. Jahrhunderts aufgelöst wurde, denn die *composicio* von 1282 gehörte zu den wichtigsten Privilegien der Hanse in England.

Wenn man die gesamte Geschichte der hansischen Kämpfe um ihre Stadtlondoner Rechte in den Blick nimmt, dann fällt auf, daß die Abmachung von 1282 nur bis Februar 1418 zur Abwehr der Londoner Forderungen nach lokalen Zöllen genügte. Warum versagte sie danach als Schutzschild? Die Erklärung muß mit der Beobachtung beginnen, daß die 1282 zugesicherten Rechte unterschiedlich formuliert und demnach unterschiedlich aufrechterhalten wurden. Sofern sie konkret ausgedrückt waren (Freiheit vom Mauergeld, Gerichtsbarkeit des englischen Aldermans), hat London sie nie angegriffen. Anders war das allerdings mit der pauschalen Garantie der althergebrachten Stadtlondoner Rechte der Hanse. Was die Hansen davon durchsetzen konnten, hing davon ab, was London unter den *libertates* ..., *quibus hactenus rationabiliter usi sunt*, vorzustellen bereit war. Bis 1418 war die Stadt bereit, die Freiheit von Scavage unter diesen *libertates* zu verstehen, danach nicht mehr. Diese Kehrtwende ist nicht etwa auf eine plötzlich auftretende, auf die Hansen gerichtete Geldgier der Stadt zurückzuführen. Neu war die Entschlossenheit der Stadt London, die Hansekaufleute zu den städtischen Lasten heranzuziehen, 1418 sicherlich nicht. Ausschlaggebend war vielmehr die Tätigkeit von John Carpenter in der Stadtverwaltung. Seine Kenntnisse der Londoner Geschichte und Stadtrechte sowie der königlichen Finanzverwaltung versetzten die Stadt in die Lage, den lang gehegten Wunsch einer finanziellen Belastung der Hansen durchzusetzen. In ihrer Stellungnahme vom 10. Okt. 1420 erkannten die Sheriffs messerscharf die entscheidende Schwachstelle der hansischen Position. Hatten die Hansen nämlich in der Vergangenheit die strittigen Zölle tatsächlich bezahlt, dann gehörte die beanspruchte Freiheit von Scavage eben nicht zu den *libertates*..., *quibus hactenus* .. *usi sunt*, und war hinfällig. Nach sieben langen Jahren erkannte die Niederlassung, wie aussichtslos der Versuch war, die Londoner Forderung nach Scavage mit dem Hinweis auf ihre pauschal gewährten *libertates* ..., *quibus hactenus* .. *usi sunt*, abzuwehren, und konzedierte, daß die Freiheit von diesem lokalen Zoll nicht zu diesen althergebrachten *libertates* gehörte. *Pro bono pacis* ließ sich das Kontor auf eine Pauschalzahlung ein. Die Urkunde verrät, wieviel die Hansen gelernt hatten. Sie nennt jeden einzelnen strittigen, nunmehr pauschal abgegoltenen Zoll mit den exakten Sätzen. Zudem schworen alle für die Erhebung von Scavage zuständigen Bedienten der Stadt, daß sie diese Zölle von den Hansen nie gefordert oder eingenommen hatten. Damit war allerdings nur das Problem von Scavage

– juristisch tadellos – gelöst, nicht jedoch die grundsätzliche Gefahr für den Fortbestand der Londoner Privilegien der Hanse gebannt. Nach wie vor trachtete die Stadt nach den Vorrechten der Hansen, wie die Niederlassung 1447 erkannte: *wente se* [der Mayor und die Aldermen] *hebben mannichworve daromme utgewest, den copman syne vriidom quiit to makende*.¹²³ Um London bloß keine juristische offene Flanke zu bieten, mußte das Kontor an der Instandhaltungs- und Verteidigungspflicht für Bishopsgate festhalten. Die Niederlassung wußte ja allzu genau, wie gnadenlos London die kleinste Verfehlung in dieser Hinsicht als juristischen Hebel zur Aufhebung ihrer Stadtlondoner Rechte ausnutzen würde. Die Beschlagnahme von Bishopsgate i.J. 1462, weil das Stadttor angeblich baufällig und ungenügend instandgehalten war (*tunc ruinosa erat et non sufficienter reparata*),¹²⁴ bewies, wie recht die Niederlassung hatte.

Anhang I

Antrag der Londoner Sheriffs [beim englischen Kronrat] über ihre Berechtigung, die hansischen Londonfahrer zur Zahlung der städtischen Zölle und Abgaben heranzuziehen. – [1420 vor Okt. 10].

L TNA: PRO, E101/128/22 (alte Signatur: Treasury of Receipt, Miscell. 20/29, Foreign Merchants). Or. Perg. ohne Siegel. Auf der Rückseite: London'; [...] porrectum consilio 10^a Octobris anno 8^o [10. Okt. 1420]; (darunter in anderer Schreiberhand) [...] inter civitatem London' et mercatores de Hansa. Teildruck: aus L HUB 6, Nr. 332, S. 178–82 (fehlerhaft).

Cum consideratum fuerat alias per egregium consilium domini regis hic etc., quod Johannes Perveys et Radulphus Barton nuper vicecomites London',¹²⁵ inter quos et mercatores Allemannie est contencio pendens etc., pro etc., informarent dictum consilium et ostenderent eidem, si quid habuerint de recordo et concessione regum Anglie vicecomitibus London' in specie vel civibus London' in genere concessum sive per considerationem in aliqua curiarum regiarum hactenus judicatum vel alio modo quocumque legaliter approbatum ad manutenendum placitum ipsorum nuper vicecomitum et probandum exitum alias per prefatos nuper vicecomites super placitum dictorum mercatorum hic rejunctum, ad quam quidem considerationem dicti nuper vicecomites inclinati primo dicunt, quod omnes evidencie per dictos mercatores hic prolate non probant de facto nec de jure,

¹²³ HR II 7 488 § 21, S. 727.

¹²⁴ CLRO, Letter-Book L. f. 7^v–8^r. Regest (fehlerhaft) HR II 5, Nr. 146, S. 86–7, CalLB L, 13–14.

¹²⁵ Sheriffs i.J. 1418/9: Hughes 1898, 203.

quin omnes custume et prestaciones de prefatis mercatoribus jam exacte a tempore regis Henrici Primi et a tempore, cujus contrarii memoria hominum non existit, antequam civitas London' dimissa fuit civibus ejusdem ad firmam, progenitoribus domini regis pertinebant a toto tempore etc., nec quin omnes predice custume et prestaciones, postquam dicta civitas dimissa fuit eis ad firmam, sunt et fuerunt civitati predice pertinentes ut parcelle feodi firme ejusdem civitatis, nec quin cives dicte civitatis a predicto tempore regis Henrici Primi et a toto tempore, cujus contrarii memoria hominum non existit, usque tempus regis Johannis fratris^a regis Ricardi etc. habuerunt et percipere consueverunt de prefatis mercatoribus et omnibus aliis extraneis dictas custumas et prestaciones jam exactas ut parcelas ejusdem firme et civitati predice pertinentes etc., nec quin vicecomites per cives civitatis predice annuatim electi a tempore dicti regis Johannis successive seisiiti fuerunt per manus mercatorum predictorum de omnibus custumis et prestationibus jam exactis, sicut iidem vicecomites superius placitando allegarunt. Et ulterius ad propalandum et verificandum continuacionem possessionis de dictis custumis et prestationibus jam exactis habite de eisdem mercatoribus a toto tempore, cujus contrarii memoria hominum non existit etc., et ad informandum inde dictum egregium consilium, iidem nuper vicecomites protestando, quod ipsi juxta libertates civibus London' per dominum regem nunc et predecessores suos per expressa verba concessas in diversis parliamentis eorundem tanquam lex et statutum ratificatas ad hujusmodi billam, sicut iidem mercatores hic proferunt, nec ad aliquam aliam billam, nisi tangat dominum regem vel heredes suos, ^bnon^b tenentur nec debent respondere, et eciam protestando, quod ipsi per libertates suas civibus London' concessas non tenentur aliquid pronunciare seu declarare, nisi oretenus tantum. set ex mera et spontanea voluntate sua – salva alias dicta libertate sibi ad declarandum, sicut hactenus declarare consueverunt –, dicunt, quod de recordo apparet tam in scaccario domini regis quam in antiquissimo libro custumarum dicte civitatis, quomodo post confectionem dictarum duarum litterarum patencium dominorum Henrici Tercii [*HUB I, Nr. 552, S. 193–4 vom 15. Juni 1260*] et Edwardi Primi [*HUB I, Nr. 890, S. 305 vom 18. Nov. 1281*] dictis mercatoribus primitive concessarum necnon post dictum scriptum inter Henricum Waleys tunc majorem et cives London' ex parte una et mercatores de Hansa Alemannie ex parte altera factum [*HUB I, Nr. 902, S. 308–10 vom Juni 1282*] et in placito dictorum mercatorum specificatum, videlicet circa vicesimum sextum annum ^bdicti^b domini Edwardi Primi [*20. Dez. 1297–20. Dez. 1298*], idem dominus Edwardus pro certis causis ipsum moventibus mandavit civibus suis London', quod per sacramenta sua diligenter inquirerent et presentarent coram baronibus suis

de scaccario, que prise et custume capi deberent et ex antiquo de toto tempore, cujus contrarii memoria hominum non existit, capi solebant de universis et singulis mercatoribus et mercandisis quibuscumque civitatem predictam intransibibus et exeuntibus; pretextu cujus mandati inquisicio huiusmodi capta fuit et postmodum presentata coram dictis baronibus de scaccario in hec verba:

*Ceo es lenquest [Folgt die Untersuchung über die Abgabepflicht aller London betretenden oder verlassenden Kaufleute und der dort ein- oder ausgeführten Waren aus dem Liber Albus]*¹²⁶

Per quam quidem inquisitionem et similiter per cartam domini Edwardi Secundi eisdem mercatoribus factam, recitantem et confirmantem omnes libertates suas prehabitas, quam iidem mercatores hic proferunt, cujus datum est apud Wyndesore, 7^o die Decembris anno regni sui 11^o [7. Dez. 1317: HUB 2, Nr. 313, S. 131], in qua carta idem dominus Edwardus non obstante aliqua libertate prefatis mercatoribus prius concessa semper reservavit et salvavit sibi et heredibus suis omnes antiquas prisas et consuetudines suas, evidentissime comprobatur, quod omnes custume et prestaciones jam exacte sunt et, antequam dicta civitas dimissa fuit civibus London' ad firmam, fuerunt antiquissime prise et custume regie, et quod cives et omnes vicecomites dicte civitatis a toto tempore, cujus contrarii memoria hominum non existit, postquam dicta civitas dimissa fuit eis ad firmam, successive seisiiti fuerunt de omnibus custumis et prestationibus jam exactis per manus prefatorum mercatorum sicut et omnium aliorum, videlicet tam indigenarum, ^but^b de mercatoribus civitatis Eborum, civitatis Lincoln[i]e et omnium aliarum civitatum ac burgorum regni Anglie, quam extraneorum et forincecorum, ut de mercatoribus Venicie, ^bFlandrie^b et aliarum parcium exterarum quarumcumque, videlicet tam ante tempus confeccionis litterarum patencium in dicta billa dicta mercatoria¹²⁷ specificatarum quam in tempore confeccionis earundem et postmodum etc. Et ulterius in credibiliorem evidenciam premissorum iidem nuper vicecomites dicunt, quod circiter tres annos post datum dicte carte domini Edwardi Secundi, quando huiusmodi libertates de acquietancia firme, si que fuerint tales, sicut nunc allegantur, fuissent in recenciori memoria ipsorum mercatorum, videlicet anno 14^{mo} dicti domini Edwardi Secundi [1320/21] iidem mercatores Alemannie summoniti fuerunt essendi apud turrim London' in itinere tento ibidem coram Henrico Staunton et sociis suis iusticiariis domini regis itinerantibus ad demonstrandum et ostendendum om-

¹²⁶ Riley 1859, 230–41. Rileys Datierung des Stücks in die Zeit der Regierung Heinrichs III. ist nach diesen Ausführungen hinfällig.

¹²⁷ Die *Carta mercatoria* vom 1. Feb. 1303: HUB 2, Nr. 31, S. 14–8.

nes et singulas libertates suas, quas habere clamere quoquomodo et quo waranto;¹²⁸ in quo quidem itinere predicti mercatores omnes cartas predictas per eos hic modo ostensas protulerunt, nullam pretextu earundem aut pretextu alicujus usus vel alterius tituli cujuscumque clamantes libertatem de acquietancia solucionis customarum et prestationum predictarum, set pocius recognoscentes ibidem se fore costumabiles de eisdem pro rebus et mercimoniis suis eductis extra civitatem etc., prout in itinere predicto plenius apparet de recordo. Et sic eciam lucidissime concipi potest, quod prefati mercatores de prefatis customis et prestationibus jam exactis numquam per prius pretextu alicujus libertatis concessae, habite vel usitate acquietati fuerunt, set quod cives et vicecomites London' a toto tempore, cujus contrarii memoria hominum non existit, per manus eorundem mercatorum sicut et de aliis extraneis et forinsecis de omnibus customis et prestationibus predictis successive seisisi fuerunt ut de parcellis feodi firme predictae etc. Et consequenter dicunt predicti nuper vicecomites, quod omnes reges Anglie successive existentes a tempore dicti regis Henrici Primi usque modo per separales cartas suas, quas dominus rex nunc per cartam suam, quam dicti vicecomites hic proferunt, omnes et singulas cartas predictas recitantem cum clausula 'licet'¹²⁹ confirmavit, concessum est civibus London', quod ipsi tenerent vicecomitatum London' et Midd[elsexie] cum omnibus rebus et consuetudinibus, que pertinent ad predictum vicecomitatum infra civitatem et extra, de quibus rebus et consuetudinibus ad firmam vicecomitatus predicti pertinentibus omnes prestationes et custume jam exacte sunt parcelle, ut premittitur, reddendo eidem regi et heredibus suis annuatim £365, prout in dictis litteris patentibus continetur etc., et quod, si ipsi reges vel heredes sui aut aliqui justiciariorum suorum aliquid dederint vel concesserint alicui de hiis, que ad dictum vicecomitatum pertinent, illud eisdem civibus in acquietacione firme sue super compotum suum ad scaccarium allocaretur, per quod, si prefati mercatores habuissent vel usitassent aliquam acquietacionem hujusmodi de prefatis prestationibus et customis vicecomitatui predicto pertinentibus pretextu dictarum litterarum et cartarum regiarum, que date sunt et concessae diu post dictas concessionem prefatis civibus factas, verisimile foret, quod cives et vicecomites dicte civitatis hactenus super compotis suis de firma civitatis redditus in scaccario domini regis allocacionem inde petivissent et habuissent, sicut hactenus de omnibus aliis hujusmodi concessionibus et donis regiis factis allocacionem ibidem petiverunt et habuerunt; set nusquam hactenus compertum fuit de recordo in aliquo loco

¹²⁸ Jan. 1321: Cam 1969, 180–5 (auch HUB 2, Nr. 375, S. 155–7).

¹²⁹ *Licet cives vel predecessores sui illis plene usi non fuerint, ipsi tamen cives et eorum heredes et successores eis plene gaudeant et utantur*: Riley 1859, 171.

usque modo, quod iidem mercatores aliquo pretextu coram domino rege seu consilio suo vel coram iusticiariis itinerantibus aut aliis iusticiariis seu ministris domini regis quibuscumque clamaverunt acquietari de prefatis custumis et prestacionibus jam exactis, sic quod cives dicte civitatis ad petendum aliquam allocacionem necesse non habebant. Ex quibus indubitanter affirmari potest, quod cives et vicecomites London' per manus eorundem mercatorum sicut et de aliis extraneis et forincecis de omnibus custumis et prestacionibus predictis jam exactis a toto tempore, ^bcujus^b contrarii memoria hominum non existit, successive seisisi fuerunt ut de parcellis feodi firme predictae etc.

Et quoad recordum, quod predicti mercatores in acquietanciam solutionis customarum et exactionum predictarum hic proferunt sub sigillo majoratus consignatum,¹³⁰ iidem nuper vicecomites dicunt, quod de recordo apparet per omnes cartas civitati concessas a tempore regis Henrici Primi usque modo, quas quidem cartas dominus rex nunc per cartam suam omnes cartas predictas recitantem, quam iidem nuper vicecomites hic proferunt, confirmavit, quod vicecomitatus^c London' et Middelsex[ie] cum omnibus rebus et consuetudinibus, que ad dictum vicecomitatum pertinent, unde dicte prestaciones et custume jam exacte sunt parcellae, concessum fuit ad firmam tote communitati civium London' quodque ipsa communitas de se ipsa faceret vicecomites, quoscumque voluerit, et eos amoveret, quandocumque voluerit, et illos, quos eligerit vicecomites, presentaret iusticiariis domini regis, qui responderent sibi vel iusticiariis suis de omnibus hiis, que ad predictum vicecomitatum pertinent, et aliis, ex quibus respondere deberent; et nisi sufficienter responderint et satisfecerint etc., ipsa communitas responderet et satisfaceret de misericordia¹³¹ et firma. Et ulterius per omnes et singulas cartas predictas per expressa verba prohibetur, quod nullus civibus^d London' aliquid gravamen, impedimentum vel diminucionem de hiis, que ad predictum vicecomitatum pertinent vel pertinere solebant, facere presumeret quoquomodo, ita quod per legem nec aliqui majores nec aldermanni solomodo de se, licet vellent, contra concessionem et prohibitionem predictas in prejudicium civium dicte civitatis diminucionem aliquam de prefatis custumis et prestacionibus jam exactis, que pertinent vicecomitatui predicto, ut premittitur, facere possunt aut potuerunt, nec hujusmodi rem, que tantum ^btangit^b totam communitatem dicte civitatis, in iudicium aliquo modo deducere debent aut debuerunt ipsa communitate inconsulta, maxime cum per hujusmodi iudicia, quantum in ipsis est, posset verisimiliter tota communitas exheredari, quod

¹³⁰ HUB 6, Nr. 144, S. 64–6.

¹³¹ Riley 1860, 256.

absit. Et ex quo Ricardus Merlawe in dicto recordo¹³² nominatus simul cum aliis paucis aldermannis dicte civitatis, tanquam ^blegis^b imperiti et de concessione prohibitionis ac aliis recordis et evidenciis prescriptis necnon certis aliis libertatibus premissa concernentibus inmemores, communitate dicte civitatis nescia et inconsulta sine processu debito aut secta originali ex maxima advertencia sentenciam in acquietacionem dictorum mercatorum de custumis et prestacionibus jam exactis versus vicecomites pro tempore ^billo^b existentes reddiderunt, sicut in recordo predicto plenius expressatur; que quidem sentencia in diminucionem illorum, que dicto vicecomitatui pertinent, tendisset manifeste, si sortita fuisset effectum, ideo Henricus Rede et Johannes Gedney, qui fuerunt vicecomites tempore sentencie predictae redde, ¹³³ post reddicionem ejusdem sentencie et prefati Johannes Perveys et Radulfus Barton, ¹³⁴ qui fuerunt vicecomites immediate post ipsos Henricum Rede et Johannem Gedney succedentes, omnes custumas et prestaciones predictas jam exactas de prefatis mercatoribus habuerunt et inde tam pacifice seisiti fuerunt usque in levacionem bille predictae, sicut unquam fuerunt aliqui vicecomites coram ipsis, sentencia predicta in aliquo non obstante. Et cum hoc dicunt prefati nuper vicecomites, quod inter alia libertates et privilegia^e per progenitores domini regis civibus London' concessa et per cartam dicti domini regis nunc, quam iidem nuper vicecomites hic proferunt, confirmata ac in diversis itineribus et parliamentis eorundem tanquam lex et statutum ratificata et approbata continetur, quod, quocienscumque de custumis, consuetudinibus et impositionibus et similiter de purpresturis et aliis rebus quibuscumque infra libertatem ejusdem civitatis emergentibus seu ad communitatem dicte civitatis vel ad aliquod officium ejusdem infra libertatem civitatis illius spectantibus inquiri debeatur, per ipsos cives et non per alios de cetero inquiratur. Unde petunt ipsi nuper vicecomites, quod, sicut evidenter apparet per probaciones supradictas, quod predictae custume et prestaciones de prefatis mercatoribus jam exacte sunt et fuerunt a toto tempore, cujus contrarii memoria hominum non existit, parcelle feodi firme dicte civitatis et ad officium vicecomitum dicte civitatis pertinentes ac de prefatis mercatoribus habite et percepte per totum tempus supradictum, sicut iidem nuper vicecomites superius allegaverunt et verificaverunt ac semper verificare

¹³² HUB 6, Nr. 144, S. 64–6.

¹³³ Rede und Gedney waren zwischen dem 29. Sept. 1417 und dem 29. Sept. 1418 Sheriffs von London: Hughes 1898, 203.

¹³⁴ Purveys und Barton waren zwischen dem 29. Sept. 1418 und dem 29. Sept. 1419 Sheriffs von London: Hughes 1898, 203.

parati sunt etc., quod juxta libertates predictas tocius inde veritas per ipsos cives et non alios inquiratur etc.

^a filii L. (fehlerhaft). ^{b-b} Über der Zeile eingetragen L. ^c vicecomites zu vicecomitatus korrigiert L. ^d civitati zu civibus korrigiert L. ^e privilegia L. (fehlerhaft)

Anhang II

Die hansischen Englandfahrer petitionieren bei König Heinrich [VI.] von England und dem Parlament um Maßregeln gegen die Übergriffe der Londoner Sheriffs sowie um Beendigung ihres deswegen angestregten Prozesses. – [1423 Okt. 20–26].¹³⁵

L TNA: PRO, SC8/20/996. Or. Perg. ohne Siegel. Stark beschädigt (obere linke Ecke und rechte Seite abgerissen, Schrift an verschiedenen Stellen abgeschabt). Auf der Rückseite Vermerk des Kronrats: Qant a les grevances et impositions faitz as suppliantz de iceste peticioun par les viscounts de Loundres, soient les parties garniz dapparoir devaunt les seignurs de parlement a certain iour alimiter par icelles pur respondre au dicte peticioun. Et qant a lour aldermanne avoir, dont mesme la peticioun fait mencion, aient mesmes les suppliantz lour alderman, sicome ils soloient avoir dancien temps. Anschrift: [... as tre]ssages [... seignours espirotuelx et tem]porelx diceste present [par]lement.

[Suppliant ... les merchauntz del] Hans dAlmaigne [re]seauntz en la citee de Loundres, qe, come Johan Perveys et Rauf Barton, iadys viscountz de Loundres [1418/19], en lour temps demaundoient des ditz merchauntz diverses custumes [et prestaciones sur lour merchaundises autres qils ne soloient paier, et pur icels] furent les ditz marchauntz grevousement vexes et distreynes sibien par mesmes les viscountz come par toutz les viscountz du dite citee, quont estee puis en cea, encountre la fourme, tenour et purport des [lettres patentes des progenitours nostre seignour] le roy, quore jadis roys dEngleterre, as ditz marchauntz grauntes et confermes, dount les ditz marchauntz a lour grevouses et importables costages et expenses out eux compleynes par diverses temps [...] en diverses parlementz come autrement pur avoir remedie et iustice en ceo cas. Et fust ensi, qe sibien au temps, qe Thomas Knolles fust mair de la citee de Loundres en lan du regne le roy [Henri Quart [1410–11]]¹³⁶ ... Richard Merlawe] fust meir de mesme la citee en lan du regne le roy Henri Quint puis le conquest Quinte [1417/18]¹³⁷ les suisditz marchauntz firent lour

¹³⁵ Abgabefrist für Petitionen an das am 20. Okt. 1423 eröffnete Parlament: RP 4, 198.

¹³⁶ Das ist ein Hinweis auf die Auseinandersetzung vor dem Londoner Stadtrat i.J. 1411: HUB 5, Nr. 984, S. 513–4.

¹³⁷ Das ist ein Hinweis auf die Auseinandersetzung vor dem Londoner Stadtrat am 9./14. Feb. 1418: HUB 6, Nr. 144, S. 64–6.

pursuyt et compleint par processe du ley pardevaunt les ditz mairz et [aldermans ...] eux prises et demaundes par les viscountz du dite citee adonques esteauntz, a quele temps les ditz mairs et aldermans du dite citee veiauntz, qe les ditz marchauntz furent induement [...] encountre la tenure, fourme et effect des chartres de lour privileges et libertees suisditz agarderent, qe les suisditz merchauntz del Hans et lour heires et successours delors enavaunt serroient [...] demaundes des [...] custumes et prestacions solong leffect de chartres suisditz, sicome par recorde ent escript pardevaunt les ditz mairs poet apparer. Et noun obstaunt ceo Nichol James et Thomas Wandesford ore viscountz [1423/24] [les ditz] suppliauntz par les custumes et prestaciouns suisditz et ne veullent suffrer les marchaundises des ditz suppliauntz de passer saunz paiement des custumes et prestaciouns suisditz a tresgraund damage et arrerisement des ditz [... Gobell Clusener,] Ertmere Swart et Tideman Questenbergh marchauntz del Hanse suisdit sount lies et charges par diverses reconisaunces en la chauncellerie du roy en graundes et grevouses sommes de poursuit en effect pardevant le dit c[hauncelleur] par le cause suisdit et tout soit, qe les ditz marchauntz par long temps ount faitz lour pursuyt en effect pur avoir remedie et redresse en ces cas, ils ne purrout ascun remedie avoir, mais ent sount delayes et targes a leurs grev[ouses ...] supplicauntz de temps, dount memorie ne court, ount uses et acustumes de eslire une sufficeaunt persone de la dite citee de Loundres destre lour juge nome alderman pur avoir audience de determinacioun des causes perpetretz [...] les ditz suppliauntz sount de present forbarres et ne puissent nulle tiel persone eslire ne avoir, pur quoy plese a voz tresnobles seignuries considerer les premissis et coment les suisditz marchauntz ne sount de poair de suppor[ter ...], qils ount suffert et par un an sufferent par les suisditz viscountz, et sur ceo vous plese par voz tressages avys en icest present parlement ordeigner, qe sufficeaunt remedie et redresse de et sur toutz les premisses soit fait et purvue saunz [...]

Bibliographie

- Arnold 1811 – [Richard ARNOLD], *The Customs of London, otherwise called Arnold's Chronicle*, London 1811 (ca. 1480/1500 entstanden; editio princeps 1503)
- Barron 2004 – Caroline M. BARRON, *London in the Later Middle Ages. Government and People 1200–1500*, Oxford: OUP, 2004
- Brooke et al. 1973 – C.N.L. BROOKE, Gillian KEIR, Susan REYNOLDS, 'Henry I's Charter for the City of London', *Journal of the Society of Archivists* 4, 1973, S. 558–78

- CalLB – Reginald R. SHARPE (Hg.), *Calendar of Letter-Books preserved among the Archives of the Corporation of the City of London at the Guildhall, AD 1275-tempore Henry VII, Letter-Book A-L*, 11 Bde., London: John Edward Francis, 1899–1912
- Cam 1968 – Helen M. CAM (Hg.), *The Eyre of London 14 Edward II, A.D. 1321*, Bd. 1 (Selden Society 75), London: Bernard Quaritch, 1968
- Cam 1969 – Helen M. CAM (Hg.), *The Eyre of London 14 Edward II, A.D. 1321*, Bd. 2 (Selden Society 76), London: Bernard Quaritch, 1969
- CLRO – Corporation of London Records Office
- CPM – A.H. THOMAS, Philip E. JONES (Hg.), *Calendar of Plea and Memoranda Rolls preserved among the Archives of the Corporation of the City of London at the Guildhall*, 6 Bde., Cambridge: CUP, 1926–61
- Dollinger 1989 – Philippe DOLLINGER, *Die Hanse* (Kröners Taschenbuchausgabe 371), Stuttgart: Kröner, ⁴1989
- EMCR – A.H. THOMAS (Hg.), *Calendar of Early Mayor's Court Rolls a.d. 1298–1307*, Cambridge: CUP, 1924
- Friedland 1991 – Klaus FRIEDLAND, *Die Hanse* (Urban-Taschenbuch 409), Stuttgart: Kohlhammer, 1991
- Fryde 1989 – Natalie FRYDE, 'Arnold Fitz Thedmar und die Entstehung der Großen Deutschen Hanse', *Hansische Geschichtsblätter* 107, 1989, S. 27–42
- Graichen 2011 – Gisela GRAICHEN, Rolf HAMMEL-KIESOW, *Die deutsche Hanse. Eine heimliche Supermacht*, Reinbeck: Rowohlt, 2011
- Hammel-Kiesow 2008 – Rolf HAMMEL-KIESOW, *Die Hanse* (Beck Wissen 2131), München: Beck, ⁴2008
- Hammel-Kiesow 2009 – Rolf HAMMEL-KIESOW, Matthias PUHLE, *Die Hanse*, Darmstadt: Primus, 2009
- Hollister 1980 – C. Warren HOLLISTER, 'London's first charter of liberties: is it genuine?', *Journal of Medieval History* 6, 1980, S. 289–306
- Huffman 1998 – Joseph P. HUFFMAN, *Family, Commerce and Religion in London and Cologne. Anglo-German Emigrants, c. 1000-c. 1300* (Cambridge Studies in Medieval Life and Thought, 4. Ser., 39), Cambridge: CUP, 1998
- Hughes 1898 – A. HUGHES (Hg.), *List of Sheriffs for England and Wales* (Lists and Indexes 9), London: HMSO, 1898, ND New York: Kraus, 1963
- Jenks 1992 – Stuart JENKS, *England, die Hanse und Preußen: Handel und Diplomatie, 1377–1474* (Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte NF 38), 3 Bde., Köln: Böhlau, 1992
- Jenks 1994 – Stuart JENKS, 'Die Hansen in England: Die wirtschaftliche und politische Bedeutung ihres Handels (1380–1474) und ihre Versuche zur Bewältigung der Krise von 1468', in: Volker HENN, Arved NEDKVITNE (Hgg.), *Norwegen und die Hanse* (Kieler Werkstücke A/11), Frankfurt: Peter Lang, 1994, S. 109–59
- Jörn 2000 – Nils JÖRN, »With money and bloode«. *Der Londoner Stalhof im Spannungsfeld der englisch-hansischen Beziehungen im 15. und 16. Jahrhundert* (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte NF 50), Köln: Böhlau, 2000

- Kellaway 1978 – William KELLAWAY, 'John Carpenter's Liber Albus', *Guildhall Studies in London History* 3:2, 1978, S. 67–84
- Keene 2008 – Derek KEENE, 'Text, Visualisation and Politics: London, 1150–1250', *TRHS* 6th Series 18, 2008, S. 69–99
- Kunze 1891 – Karl KUNZE, *Hanseakten aus England 1275 bis 1412* (Hansische Geschichtsquellen 6), Halle a.S.: Buchhandlung des Waisenhauses, 1891
- Lappenberg 1851 Urkk. – J.M. LAPPENBERG, *Urkundliche Geschichte des hansischen Stahlhofes zu London, Abteilung II: Urkunden*, Hamburg: Langhoff, 1851 (Darstellungs- und Urkundenteil sind separat paginiert)
- Liebermann 1903 – Felix LIEBERMANN (Hg.), *Die Gesetze der Angelsachsen. Bd. 1: Text und Übersetzung*, Halle: Max Niemeyer, 1903
- Lloyd 1991 – T.H. LLOYD, *England and the German Hanse 1157–1611. A study of their trade and commercial diplomacy*, Cambridge: CUP, 1991
- Reynolds 1972 – Susan REYNOLDS, 'The Rulers of London in the Twelfth Century', *History* 57, 1972, S. 337–57
- Richardson 1935 – H.G. RICHARDSON, George SAYLES (Hgg.), *Rotuli parliamentorum Anglie hactenus inediti 1279–1373* (Camden 3rd Series 51), London: Royal Historical Society, 1935
- Riley 1859 – Henry Thomas RILEY (Hg.), *Munimenta Gildhallae Londoniensis: liber albus, liber custumarum et liber Horn. Bd. 1: Liber Albus, compiled A.D. 1419* (Rolls Series 12/I), London: Longman, 1859
- Riley 1860 – Henry Thomas RILEY (Hg.), *Munimenta Gildhallae Londoniensis: liber albus, liber custumarum et liber Horn. Bd. 2/I: Liber Custumarum* (Rolls Series 12/II 1), London: Longman, 1860
- Rotuli Hundredorum 1812 – W. ILLINGWORTH (Hg.), *Rotuli hundredorum tempore Henrici III et Edwardi I in Turri London' et in curia receptae scaccarii Westmonasterii asservati*, Bd. 1: Bedfordshire-Norfolk, mit Yorkshire, London: Record Commission, 1812
- Rotuli Hundredorum 1819 – W. ILLINGWORTH (Hg.), *Rotuli hundredorum tempore Henrici III et Edwardi I in Turri London' et in curia receptae scaccarii Westmonasterii asservati*, Bd. 2: Northamptonshire-Worcestershire, mit Hampshire und Zusätzen, London: Record Commission, 1819
- RP – *Rotuli Parliamentorum, ut et petitiones et placita in parlamento*, 6 Bde., o.O., o.J. [London 1777/83]
- Sprandel 1982 – Rolf SPRANDEL (Hg.), *Quellen zur Hanse-Geschichte* (Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe 36), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1982
- Stoob 1995 – Heinz STOOB, *Die Hanse*, Graz: Styria, 1995
- Stow 1603 [1908] I – John STOW, *A Survey of London*, reprinted from the text of 1603 with Introduction and Notes by Charles Lethbridge KINGSFORD, Bd. 1, Oxford: Clarendon, 1908, ND 1971
- Stow 1603 [1908] II – John STOW, *A Survey of London*, reprinted from the text of 1603 with Introduction and Notes by Charles Lethbridge KINGSFORD, Bd. 2, Oxford: Clarendon, 1908, ND 1971

- Stubbs 1913 – William STUBBS (Hg.), *Select Charters and other Illustrations of English Constitutional History from the Earliest Times to the Reign of Edward the First*, 9., von H.W.C. DAVIS überarb. Aufl., Oxford: Clarendon, 1913
- Sutton 2005 – Anne F. SUTTON, *The Mercery of London: Trade, Goods and People, 1130–1578*, Aldershot: Ashgate, 2005
- TNA: PRO – The National Archives (Kew, Surrey): Public Records Office
- Weinbaum 1933a – Martin WEINBAUM, *London unter Eduard I. und II. Verfassungs- und wirtschaftsgeschichtliche Studien. Band I: Untersuchungen* (VSWG Beiheft 28), Stuttgart: Kohlhammer, 1933
- Weinbaum 1933b – Martin WEINBAUM, *London unter Eduard I. und II. Verfassungs- und wirtschaftsgeschichtliche Studien. Band II: Texte* (VSWG Beiheft 29), Stuttgart: Kohlhammer, 1933
-